



Bild: Brigitte Richi

Geschäftsbericht 2008

Sozialdepartement

Inhaltsverzeichnis Geschäftsbericht Sozialdepartement

1.	Vorwort	361
2.	Legislaturziele und Jahresschwerpunkte	362
3.	Kennzahlen Sozialdepartement	364
4.	Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen	365
4.1	Zentrale Verwaltung	365
4.1.1	Aufgaben	365
4.1.2	Jahresschwerpunkte	365
4.1.3	Spezifische Kennzahlen	367
4.2	Support Sozialdepartement	367
4.2.1	Aufgaben	367
4.2.2	Jahresschwerpunkte	367
4.2.3	Spezifische Kennzahlen	369
4.3	Laufbahnzentrum	371
4.3.1	Aufgaben	371
4.3.2	Jahresschwerpunkte	371
4.3.3	Spezifische Kennzahlen	372
4.4	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	374
4.4.1	Aufgaben	374
4.4.2	Jahresschwerpunkte	375
4.4.3	Spezifische Kennzahlen	376
4.5	Soziale Dienste	378
4.5.1	Aufgaben	378
4.5.2	Jahresschwerpunkte	378
4.5.3	Spezifische Kennzahlen	380
4.6	Soziale Einrichtungen und Betriebe	387
4.6.1	Aufgaben	387
4.6.2	Jahresschwerpunkte	387
4.6.3	Spezifische Kennzahlen	390
5.	Parlamentarische Vorstösse	394

1. Vorwort



Bild: Nik Spörri

«Zeitgemässe Strukturen, klare Verantwortlichkeiten und effektive Kontrollen sind unabdingbar, auch in der Sozialhilfe. Dafür braucht es einen konsequenten Schritt.»

Seit längerem steht ein Kernstück der Leistungen des Sozialdepartements, die Ausrichtung und Kontrolle der wirtschaftlichen Sozialhilfe, im Zentrum der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit – und dies zu Recht. Sowohl der Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates vom Januar 2008 wie auch ein Expertenbericht der Universität St. Gallen haben den Handlungsbedarf aufgezeigt: Die Abläufe in der Sozialhilfe sind unübersichtlich und ineffizient. Die Sozialbehörde nimmt operative, strategische und normative Tätigkeiten wahr und verfügt damit über eine problematische Mehrfachrolle. Auch reichen die Kontrollen nicht aus, ein umfassendes systemorientiertes Kontrollkonzept fehlt. Die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass sich dies ändert, wird im Jahr 2009 eine zentrale Aufgabe sein. Dafür ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Parlament, aber auch mit den Parteien und der Behörde notwendig. Und nicht zuletzt müssen sich die Sozialen Dienste gründlich und sorgfältig auf die Veränderungen vorbereiten, die im Idealfall auf die neue Legislatur hin umgesetzt werden sollten.

Die Sozialhilfe ist aber auch darauf angewiesen, dass ihre Klientinnen und Klienten Integrationshilfe erhalten. Denn obers-

tes Ziel ist die berufliche und soziale Integration, also auch Teilhabe am Zusammenleben. Nur so besteht die Chance, dass Menschen wieder auf eigenen Füßen stehen, ihre Existenz selbstständig sichern können – oder im mindesten ihr Leben selbständiger bewältigen können. Dafür haben wir die Arbeitsintegration besonders intensiv, aber auch die Wohnangebote und die Einrichtungen für Suchtkranke weiterentwickelt. Während wir auf städtischer Ebene 2009 die Schaffung einer zeitgemässen Rechtsgrundlage für die Arbeitsintegration angehen müssen, haben wir im Drogenbereich eine Bestätigung unserer pragmatischen Politik erreicht: Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes hat die Schweizer Stimmbewölkerung mit 68% Zustimmung im November 2008 angenommen und damit Heroinabgabe und Überlebenshilfe gesetzlich verankert.

In der Kinderbetreuung ist das Departement in Zusammenarbeit mit den vielen privaten Trägerschaften im Ausbau und in der Differenzierung des Angebots entscheidende Schritte weitergekommen. Nicht nur konnte die Anzahl der Säuglingsplätze massgeblich erhöht werden, es wurden auch weitere Anlaufstellen in den Quartieren eröffnet, und die vom Gemeinderat bewilligten zusätzlichen sechs Mio. Franken konnten in subventionierte Betreuungsplätze «investiert» werden. Diese stellen nicht nur sicher, dass Beruf und Familie im «teuren» Zürich für mehr Eltern vereinbar werden, sondern auch, dass Kinder aus unterprivilegierten Verhältnissen ausserhäusliche Betreuung erhalten: ein wertvoller Beitrag zur Chancengleichheit, an dem wir mit neuen Konzepten der frühen Förderung weiterarbeiten werden.

Nicht zuletzt ist es dank der sehr guten Zusammenarbeit mit dem Parlament gelungen, die Leistungen für AHV- und IV-RentnerInnen massvoll anzuheben und damit die Kaufkraft zu sichern.

Die Sozialhilfe steht politisch und in der Öffentlichkeit im Fokus. Das Sozialdepartement hat jedoch einen umfassenden und anspruchsvollen Auftrag: den Zusammenhalt der Gesellschaft sicherzustellen. Dafür tut es viel mehr, als man gemeinhin von aussen wahrnimmt.

Stadtrat Martin Waser
Vorsteher Sozialdepartement

2. Legislaturziele und Jahresschwerpunkte

Jugend in Zürich: Freiräume, Arbeit und Sicherheit

Die interdepartementale Arbeit lief mit der Umsetzung konkreter Projekte unvermindert weiter, wobei ein verstärkter Fokus auf das Thema Sicherheit gelegt wurde.

Freiräume

Die prämierten Projekte aus dem Wettbewerb «Jugendideen» zeigten ein buntes Bild: Sie reichten von einem Freestyle-Dance-Contest – der bereits im September unter grossem Zulauf von Jugendlichen durchgeführt wurde – bis zu spontanem Strassentheater. Aus den Projektvorschlägen des Fachgremiums Jugend Zürich zum Thema «vorhandene Freiräume besser nutzen» wurden zwei so weit entwickelt, dass sie 2009 realisiert werden können:

- **FreiBad:** Umnutzung eines Schwimmbads im Winterhalbjahr für kreative Jugendliche, die den Raum in Besitz nehmen.
- **Raumbörse:** Räume, die an Jugendliche vermietet werden können, sollen besser zugänglich und auch breiter erschlossen werden.

Arbeit

Die Jugendarbeitslosigkeit bewegte sich auf einem vergleichsweise tiefen Stand, was sich auch auf dem Lehrstellenmarkt zeigte. Nach wie vor ist der Einstieg in die Arbeitswelt für schulisch schwächere Jugendliche schwierig, v.a. wenn sie gleichzeitig mit persönlichen und familiären Problemen belastet sind. Entsprechend wurden die Anstrengungen fokussiert: Im Herbst wurde beispielweise die Jugendbeiz «Planet 5» am Sihlquai mit 20 Plätzen zur Arbeitsintegration eröffnet. Das niederschwellige Arbeitstraining im Bereich Holz und Instrumentenbau der Stiftung work4you – inzwischen vom Gemeinderat bewilligt – wird weitergeführt. Auch die Veranstaltung «Last Call» für Junge ohne Lehrstelle war wieder erfolgreich: Alle Teilnehmenden erhielten ein unmittelbares Angebot für eine Anschlusslösung oder eine vertiefte Beratung.

Sicherheit/Task-Force

Ausgehend von einer Situationsanalyse definierte der Stadtrat die Massnahmenfelder «Gewalttätige Konflikte verhindern, Konfliktlösung ohne Gewalt gilt für alle, Sicherstellung von Waffen und Handys, strikte Kontrolle der Alkoholabgabe, keine öffentlichen Besäufnisse, intensive Opferbetreuung und sofortige Reaktion» und beauftragte eine interdisziplinär zusammengesetzte Task-Force mit der Umsetzung geeigneter Massnahmen. Diese nahm im Mai die Arbeit auf. Die Patrouillen von sip züri im Rahmen des Pilotprojektes Züri Courage sind ein wichtiges und bewährtes Standbein der Massnahmen und dienen dazu, frühzeitig Gewalteskalationen im öffentlichen Raum zu verhindern.

Neuorganisation Sozialhilfe

Als Reaktion auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission zur Untersuchung der Prozesse und des Qualitätssicherungssystems sowie allfälliger Missbräuche in der Sozialhilfe beauftragte der Stadtrat ein Expertenteam der Universität St.Gallen mit einer Analyse der Aufgabenteilung von Sozialbehörde, Sozialdepartement und Sozialen Diensten in betriebswirtschaftlicher, rechtlicher und historischer Hinsicht. Dessen Bericht vom Oktober 2008 hält fest, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe zwar gesetzes- und verordnungskonform ausgerichtet wird, identifiziert aber eine Reihe von



Bild: Nik Spoerri

Mängeln: Die Unterstellungsverhältnisse seien unklar, ebenso die Zuständigkeiten zwischen Stadtrat, Verwaltung und Sozialbehörde. Die Abläufe seien unübersichtlich und ineffizient. Weil die Sozialbehörde operative, strategische und normative Tätigkeiten wahrnehme, verfüge sie über eine problematische Mehrfachrolle. Auch reichten die Kontrollen nicht aus: In fraglicher Qualität werde mehrfach dasselbe kontrolliert, während eine umfassende Systemkontrolle fehle. Zudem sei die Aufsicht über die Sozialbehörde ungenügend, und es fehle eine Rechenschaftslegung gegenüber dem Gemeinderat. Die Sozialhilfe ist demnach heute in einer komplizierten und widersprüchlichen Weise organisiert, die auf anderen Gebieten staatlicher Tätigkeit undenkbar wäre. Dieses System ist historisch gewachsen, es entstand aus der Kombination zweier gegenläufiger Verwaltungstraditionen, der Verwaltung durch ausgebildete Fachangestellte und der körperschaftlichen Selbstverwaltung im Milizsystem.

Der Stadtrat will die im Expertenbericht beschriebenen Mängel beseitigen. Die zukünftige Organisation der Sozialhilfe – und letztlich die Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration der Hilfsbedürftigen – soll im Wesentlichen folgenden Anforderungen genügen:

- keine Ebenenvermischung zwischen Ausführung, Kontrolle und Normsetzung, sondern eine klare Zuteilung der jeweiligen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen
- Effizienz und Effektivität
- Transparenz
- demokratische Legitimation
- Rechenschaftslegung gegenüber Gemeinderat und Öffentlichkeit
- umfassendes und effizientes Kontrollsystem

Der Stadtrat wird gestützt auf die Erkenntnisse des Analyseberichts und entsprechend der gesetzten Ziele ein Modell zur künftigen Organisation der Sozialhilfe entwickeln und dem Gemeinderat zuhanden der Gemeinde unterbreiten.

Projekt FAMOZ

Mit dem Projekt «Fallmanagement Modell Zürich» (FAMOZ) wurde eine Informatik-Lösung für die Unterstützung der Fallführung und der Klientenbuchhaltung eingeführt. Aus Gründen der Qualitätssicherung beschloss die Führung, die

Applikationen für die Fallführung und die Führung der Klientenbuchhaltung in zwei Etappen per 1. Januar und 1. April 2008 einzuführen. Trotzdem standen nach Abschluss der Einführung wesentliche Funktionen in den Systemen nicht zur Verfügung. Aus diesem Grund beauftragte der Departementsvorsteher, Martin Waser, im Oktober 2008 eine externe Expertengruppe mit einem Review. Ziel des Reviews war, die wesentlichen Ursachen für die Probleme im Projekt zu identifizieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die Analyse verdeutlichte, dass die Belastungen in den Sozialzentren und in der Klientenbuchhaltung durch fehlende Funktionalitäten und Software-Fehler ausserordentlich hoch waren. Diese Erkenntnisse führten schliesslich zur Einsetzung der Direktorin SOD

als Projektleiterin für eine Turnaround-Phase, die bis Mitte April 2009 andauern wird. Deren Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen in den Sozialzentren und in der Klientenbuchhaltung deutlich zu verbessern sowie die Rahmenbedingungen für eine umfassende Fertigstellung und Etablierung der beiden Systeme bis Anfang 2010 zu schaffen.

Für den Turnaround FAMOZ wurde im Dezember 2008 auf Basis umfassender Abklärungen und des Reviews ein entsprechendes Massnahmenpaket geschnürt. Dieses beinhaltet im Wesentlichen die Identifizierung von Handlungsfeldern und fehlenden Funktionen und anschliessend die Planung und die Umsetzung der Behebung bzw. deren Einführung.

3. Kennzahlen Sozialdepartement

	2004	2005	2006	2007	2008
Anzahl Mitarbeitende (Festangestellte) total ¹	1 751	1 829	1 808	1 835	1 924
– davon Frauen	1 139	1 200	1 196	1 203	1 278
– davon Männer	612	626	612	632	646
Ø Stellenwert-Äquivalent	1 253.473	1 274.760	1 263.894	1 345.459	1 354.43
Kaderpersonal total ²	277	245	219	255	263
– davon Frauen	134	115	116	130	138
– davon Männer	143	130	103	125	125
Lernende total	84	91	99	108	106
– davon Frauen	68	78	79	83	78
– davon Männer	16	13	20	25	28
Mitarbeitende mit Vollzeitstellen (Beschäftigungsgrad 90–100%)					
Total	492	499	505	546	572
Frauen	345	251	255	281	298
Männer	247	248	250	265	274
Anteil Frauen in %	49.80%	50.30%	50.50%	51.47%	52.10%
Anteil Männer in %	50.20%	49.70%	49.50%	48.53%	47.90%
Mitarbeitende mit Teilzeitstellen I (Beschäftigungsgrad 50–89%)					
Total	972	1 105	1 067	1 060	1 094
Frauen	672	773	751	737	769
Männer	300	332	316	323	325
Anteil Frauen in %	69.14%	69.95%	70.38%	69.53%	70.29%
Anteil Männer in %	30.86%	30.05%	29.62%	30.47%	29.71%
Anteil Teilzeitstellen II (Beschäftigungsgrad < 50%)					
Total	287	222	236	229	258
Frauen	222	176	190	185	211
Männer	65	46	46	44	47
Anteil Frauen in %	77.35%	79.28%	80.51%	80.79%	81.78%
Anteil Männer in %	22.65%	20.72%	19.49%	19.21%	18.22%
Personalaufwand	153 840 638	159 904 788	159 352 193	167 324 787	179 664 733
Sachaufwand	29 748 592	32 021 759	32 519 180	37 951 159	35 315 562
übriger Aufwand	803 602 499	843 943 074	857 447 803	858 375 190	870 785 085
Total	987 191 729	1 035 869 621	1 049 319 176	1 063 651 136	1 085 765 380
Bruttoinvestitionen	–	2 000 000	1 319 282	1 469 790	253 982

Definitionen:

¹ In den jeweiligen Zahlen sind die Mitarbeitendenkreise berücksichtigt, die in den gesamtstädtischen Personalkennzahlen im Stadtratsteil (Seite 10) genannt sind. Im Jahr 2008 werden alle Mitarbeitenden mit aktiver Anstellung im Dezember gezählt. Im Jahr 2007 wurden nur jene mit aktiver Anstellung und Lohn im Dezember 2007 gezählt.

² Mitarbeitende mit Vorgesetztenfunktion (ohne Fachkader)

4. Zentrale Verwaltung, Dienstabteilungen

4.1 Zentrale Verwaltung

4.1.1 Aufgaben

Die Zentrale Verwaltung leistet zur Hauptsache Führungsunterstützung und koordiniert Geschäfte, die von politisch-strategischer Bedeutung sind und den Zuständigkeitsbereich einzelner Dienstabteilungen überschreiten. Dazu gehören insbesondere sämtliche Stadtrats- und Gemeinderatsgeschäfte, übergeordnete Rechts- und Finanzgeschäfte, die Budgetkoordination, das Controlling und die Ausrichtung von Beiträgen an die privaten Leistungsanbieter sowie die Planung der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

4.1.2 Jahresschwerpunkte

Krippenaufsicht

Nach dem Boomjahr 2007 hat der Ausbau an Betreuungsplätzen 2008 wieder das – bereits schon hohe – Niveau von 2006 erreicht. Etwa 35% der neu geschaffenen Betreuungsplätze sind für Säuglinge bestimmt, in den Vorjahren waren es noch knapp 30%. Hingegen scheint heute der Bedarf an Krippenplätzen für Kinder über 18 Monate bis zum Eintritt in den Kindergarten weitgehend gedeckt.

Dem rasant steigenden Angebot an Betreuungsplätzen steht ein zunehmender Mangel an ausgebildetem Kinderbetreuungspersonal gegenüber; das ungenügende Lehrstellenangebot lässt für die nahe Zukunft eine weitere Verschärfung der Marktlage erwarten. Die Kitas stehen damit vor dem Problem, entweder eine qualitative Verschlechterung der Betreuungsqualität bis hin zur Nichterfüllung der kantonalen Krippenrichtlinien zu riskieren oder zunehmend Personal aus dem Ausland zu rekrutieren. Dies wiederum erfordert aufwendige Gleichwertigkeitsüberprüfungen der ausländischen Diplome, was zusätzliche administrative Belastung für Trägerschaften und die Krippenaufsicht bedeutet.

Mit dem Inkrafttreten des revidierten Volksschulgesetzes Mitte 2008 sind neu auch private Kindergärten der Bewilligungspflicht durch das kantonale Volksschulamt unterstellt worden. Die sich dadurch ergebenden Zuständigkeitsfragen und Schnittstellen zwischen Frühbereich und Schule werden in intensivem Kontakt zwischen dem kantonalen Volksschulamt und der Krippenaufsicht geklärt.

Massnahmenplan Kinderbetreuung

Die Ziele des Massnahmenplans 2007–2010 wurden im Bereich Kitas bereits 2008 deutlich übertroffen: In den 199 bestehenden und elf neuen Kitas wurden rund 300 neue Plätze geschaffen, rund 100 davon für Kleinstkinder unter zwölf Monaten. Von den 5500 Plätzen konnten 2260 subventioniert werden, 2000 davon in privaten Kitas. Dank der Erhöhung der finanziellen Mittel durch den Gemeinderat um sechs Mio. Franken konnte der Trend zu einem immer kleineren Anteil subventionierter Plätze am Gesamtangebot gestoppt werden. Der Anteil subventionierte Plätze am Gesamtangebot liegt nun bei 41%.

Der Aufbau der Anlaufstellen Kinderbetreuung in den Quartieren ist in vollem Gange. Die Anlaufstellen informieren nicht nur die Eltern über die vorhandenen Betreuungsangebote,

sondern vernetzen auch die Akteure in der Kinderbetreuung und ergänzen die Bedarfserhebung des Sozialdepartements durch die Aufnahme der Bedürfnisse der Eltern. Die ersten Projekte zur Förderung innovativer Betreuungsformen konnten im Rahmen der Quartierprozesse initiiert und über die Quartierkredite finanziert werden.

Im Rahmen von Forschungsprojekten wurden in Zusammenarbeit mit Fachinstituten und -personen Arbeitsgrundlagen erarbeitet, die allen Kitas in Form von Fachpublikationen und Weiterbildungsveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Schwerpunkte bildeten die Kleinstkindbetreuung, die strukturellen Betreuungsübergänge, die Erleichterung des Zugangs zur Kinderbetreuung für bildungsferne Eltern und die Betreuung von Kindern mit einem höheren Betreuungsaufwand.

Um dem Mangel an qualifiziertem Personal im Kinderbetreuungsbereich entgegenzuwirken, sind Kita-Netzwerke für eine gemeinsame Berufsbildung im Aufbau. Neu sollen Trägerschaften, die subventionierte Plätze anbieten, für erfolgreich abgeschlossene Lehren mit einer einmaligen Prämie entschädigt werden.

Inspektorat zur Dekämpfung von Missbrauch in der Sozialhilfe

Das Inspektorat ermittelt im Auftrag und unter der formellen Führung der Sozialbehörde bei Verdacht auf missbräuchlichen Leistungsbezug in der Sozialhilfe. Aufgrund der Nachfrage und der Ermittlungspendenzen wurden im Sommer 2008 die personellen Ressourcen um eine Stelle verstärkt. Im Zeitraum von Mitte 2007 bis Ende 2008 konnten insgesamt 160 Ermittlungsaufträge abgeschlossen werden, 75 Aufträge waren am Jahresende pendent. Der hauptsächliche Ermittlungsgegenstand waren nach wie vor nicht deklarierte Einkommen, in deutlichem Abstand gefolgt von falschen Angaben zur Haushaltsgrösse, nicht deklariertem Fahrzeugbesitz oder Scheinheirat. Bei den abgeschlossenen Fällen erhärtete sich in 63% der Fälle der Verdacht; die aufgedeckte Schadenssumme beträgt rund 4,5 Mio. Franken. Häufiger als erwartet fechten Sozialhilfebeziehende, die durch Ermittlungsberichte des Inspektorats belastet werden, mit anwaltschaftlichem Beistand Rückforderungsentscheide an. Eine Herausforderung stellen die Beweise von Einkünften bei selbständigen Tätigkeiten im Hinblick auf deren Verwertbarkeit vor den Gerichten dar. Die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft bei Strafanzeigen ist eng und wird laufend verbessert. Erste Fälle von unrechtmässigem Bezug befinden sich in Abklärung durch die gerichtlichen Instanzen. Je nach Ergebnis sind die Ermittlungsverfahren anzupassen.

Teillohn

Das Sozialdepartement legte dem Gemeinderat 2008 einen Bericht zur Weiterführung von sechs privaten Teillohn-Angeboten für die Jahre 2009–2012 vor. Diese bieten zusammen rund 300 Plätze an. Seit dem Start 2006 haben sich die privaten Teillohn-Angebote weitgehend etabliert. Das breite Angebot von sehr einfachen bis hin zu komplexeren Tätigkeiten ermöglicht ein passgenaues Platzieren von Sozialhilfebeziehenden in den Teillohn-Betrieben. Die Sozialhilfebeziehenden verfügen durch ihre Tätigkeit wieder über eine regelmässige Tagesstruktur und verdienen einen Teil ihres Unterhalts selber. Zusätzlich gewinnen sie an Selbstvertrauen, erweitern ihre beruflichen und sozialen Kompetenzen und sind wieder so-

zialversichert. Über ein Drittel der Teilnehmenden finden selbstständig wieder einen Arbeitsplatz im regulären Arbeitsmarkt. Der Stadtrat will die Programme zur Arbeitsintegration generell und insbesondere die Sozialfirmen und Teillohnbetriebe auf eine neue und zeitgemässe Rechtsgrundlage stellen. Er wird dazu 2009 dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreiten.

Tripartite Kommission zur Arbeitsintegration im Sozialdepartement

Die aus je vier Vertretungen des Gewerbeverbandes, der Gewerkschaften und der Verwaltung zusammengesetzte Kommission funktioniert als beratendes Organ und stellt die Mitsprache der Sozialpartner in der Arbeitsintegration sicher. Die Kommission tagte 2008 fünfmal und stimmte sieben neuen Aufträgen zur Ausführung in städtischen oder privaten Angeboten der Arbeitsintegration zu. In einer Unterdelegation setzten sich die Sozialpartner intensiv mit der dem Gemeinderat unterbreiteten Rechtsgrundlage zur Finanzierung von sechs privaten Teillohn-Betrieben (GR Nr. 2008/408) auseinander und hielten ihre kritischen, aber weiterhin grundsätzlich konstruktiven Stellungnahmen zur Weiterentwicklung der Arbeitsintegration in separaten Positionen in der Weisung fest.

Stiftung Zürich-Jobs

Im Jahr 2008 richtete die von der Privatwirtschaft und der Stadt Zürich Ende 2006 gegründete Stiftung zur Förderung innovativer Arbeitsintegrationsprojekte Starthilfen und zinslose Darlehen in Höhe von 406 000 Franken an insgesamt vier verschiedene, private Trägerschaften aus. Der Stiftungsrat tagte dreimal und informierte sich dabei zum Stand der Arbeitsintegrationsangebote in der Stadt Zürich. Nach dem Rücktritt von Stadträtin Monika Stocker wurde der neue Vorsteher des Sozialdepartements, Stadtrat Martin Waser, als Präsident des Stiftungsrats gewählt. Als neuer Vertreter der Stadt Zürich wurde der Departementssekretär des Sozialdepartements, Urs Leibundgut, in den Stiftungsrat gewählt.

Soziokultur

Mit über 50 privaten soziokulturellen Institutionen wurden 2008 die Leistungsvereinbarungen 2009–2012 neu verhandelt und wo nötig neue Rechtsgrundlagen erstellt. Der finanzielle Spielraum war klein. Grundsätzlich mussten die Institutionen von der bisherigen Kontraktsumme ausgehen. Ausnahmen

bildeten gezielte zusätzliche Einkäufe für Angebote in der Offenen Jugendarbeit in Wollishofen/Leimbach, Affoltern, Sihlfeld und Fluntern. Zudem setzte sich das Sozialdepartement dafür ein, dass die aufgelaufene Teuerung per 1. Januar 2009 ausgeglichen wird. Zentrale Neuerung in der neuen Kontraktperiode ist die Einführung von Kooperationskonferenzen, an der die soziokulturellen Anbieterinnen und Anbieter pro Stadtkreis neuen Bedarf miteinander absprechen und sich noch effizienter vernetzen.

Asyl-Organisation Zürich – AOZ: Geschäftsstelle des Verwaltungsrates

Die Asyl-Organisation Zürich hat sich in ihrem dritten Geschäftsjahr weiterhin gut konsolidiert. Der Verwaltungsrat befasste sich an fünf Sitzungen mit den regulären Geschäften. Darüber hinaus startete er einen Strategieentwicklungsprozess für die AOZ. Dieser wurde auch vor dem Hintergrund wichtiger gesetzlicher Veränderungen auf Bundesebene (Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes und des neuen Ausländergesetzes) aufgenommen. Eine der für die AOZ massgebenden Konsequenzen daraus ist beispielsweise, dass vorläufig Aufgenommene nunmehr vergleichbar zu Ausländerinnen und Ausländern mit B-Bewilligungen behandelt werden, womit insbesondere deren Integration in den Vordergrund gerückt ist. Einschneidende Auswirkungen auf die AOZ hatte auch die wiederum in der zweiten Jahreshälfte stark angestiegene Zahl der Asylsuchenden: Die AOZ musste und muss weiterhin innert kurzer Zeit Unterbringungsmöglichkeiten für rund 500 Menschen, die der Stadt vom Kanton Zürich zugewiesen wurden, zusätzlich bereitstellen.

Per 30. Juni 2008 lief die erste Amtsperiode des Verwaltungsrats ab. Mit dem Rücktritt aus dem Stadtrat erklärte Monika Stocker, die erste Präsidentin, auch ihren Austritt aus dem Verwaltungsrat der AOZ. Ihre engagierte Arbeit in der Startphase der AOZ als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt wurde anerkannt und bedankt. Auf den 1. Juli 2008 wählte der Stadtrat den bisherigen Vizepräsidenten, Peter Arbenz, zu ihrem Nachfolger. Der neue Vorsteher des Sozialdepartements, Martin Waser, wurde in den Verwaltungsrat gewählt und zum Vizepräsidenten ernannt; die andern bisherigen Mitglieder erklärten sich für eine weitere Amtsperiode bereit und wurden in ihrer Funktion bestätigt.

4.1.3 Spezifische Kennzahlen

Kontraktmanagement

	2004	2005	2006	2007	2008
Organisationen mit einem Kontrakt	153	156	171	200	201
– davon Krippen	83	91	100	104	107
Kontrakte ¹	208	214	247	291	294
– davon Krippen	106	112	131	147	155
Gesamtsumme Subventionen Fr.	45 610 015.25	46 120 427.65	55 450 432.70	62 869 788.55	70 988 688.75
Raumkosten ² ab 2004 Fr.	7 974 126.00	8 043 990.00	8 166 447.00	8 334 393.40	8 501 276.35
Subventionen inkl. Raumkosten³ Fr.	53 584 141.25	54 164 417.65	63 616 879.70	71 204 182.25	79 489 965.10
Soziale Integration Fr.	4 513 415.80	7 136 415.70	12 729 654.40	14 820 468.50 ³	12 843 746.70
Soziale Sicherung Fr.	599 532.00	598 108.90	605 050.00	602 800.00	731 000.00
Berufliche Integration Fr.	278 914.75	938 225.00	1 552 805.00	1 617 000.00	5 196 423.50
Frühbereich Fr.	25 343 607.30	25 618 863.25	25 645 768.25	31 152 029.85	37 247 490.05
Soziokultur Fr.	14 874 545.40	14 829 193.80	14 917 155.05	14 677 490.50	14 970 028.50
Total Fr.	45 640 015.25	46 120 427.65	55 450 432.70	62 869 788.85	70 988 688.75

Definition:

¹ Das Sozialdepartement vereinbart in einzelnen Fällen mehrere Kontrakte mit einer Organisation

² Von der IMMO direkt dem Sozialdepartement belastete Mietkosten für Immobilienbenützung privater Institutionen

³ inkl. Teillohn im Umfang von Fr. 2826432.-; ab 2008 in Arbeitsintegration enthalten

Kommentar

Soziale Integration: Neulancierung des Projekts F-Jugendliche mit Trampolin basic, Ausbau um 2,5 sozial-integrative Betreuungsplätze für Kinder/Jugendliche und das neue Projekt Fanarbeit Zürich.

Soziale Sicherung: Erhöhung der Anzahl Treuhandschaften für alte Menschen gemäss GRB 2576/2007.

Arbeitsintegration: Ausbau der Teillohnplätze in Sozialfirmen und Annäherung an Vollbetrieb gemäss GRB 408/2008.

Kinderbetreuung: Ausbau um rund 260 subventionierte Betreuungsplätze in der Kinderbetreuung und eine neue Anlaufstelle Kinderbetreuung.

Soziokultur: Ausbau um 17 Jugendprojekte.

4.2 Support Sozialdepartement

4.2.1 Aufgaben

Support Sozialdepartement (SDS) unterstützt die rund 1800 Mitarbeitenden der Zentralen Verwaltung (ZV) und der Dienstabteilungen Soziale Dienste (SOD) und Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) mit Dienstleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik, Recht, Controlling und Infrastruktur. Dank weitgehender Standardisierung können die Supportdienstleistungen effizient, effektiv und wirtschaftlich gestaltet werden.

4.2.2 Jahresschwerpunkte

Umsetzung der neuen Verordnung zum Elternbeitragsreglement

Im Rahmen der neuen Verordnung zum Elternbeitragsreglement wird per Januar 2009 ein gemeinsames Kompetenzzentrum für das Sozialdepartement sowie das Schul- und Sportdepartement geschaffen. Dieses legt die Beitragsfaktoren für die Berechnung der Elternbeiträge in privaten und städtischen Kindertagesstätten fest. Die Vorbereitungen zur Reorganisation begannen im Frühjahr 2008. Die Prozesse und Schnittstellen zwischen den beiden Departementen mussten

geklärt und festgelegt werden. Zudem wurden neue Informatik-Applikationen entwickelt und bestehende angepasst. Ab Sommer 2008 galt das Hauptaugenmerk der Kommunikation der Neuerungen gegenüber den Kindertagesstätten, den Eltern und weiteren interessierten Kreisen. Im Übrigen mussten für sämtliche laufenden Betreuungsverhältnisse in städtischen oder privaten subventionierten Kindertagesstätten neue Elternbeitragsvereinbarungen erstellt werden.

Mentoring

Das Sozialdepartement bietet 2008/09 zum dritten Mal seit 1998 die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Mentoring-Programm an. Es steht allen Mitarbeitenden des Sozialdepartements offen, die an einem laufbahnbezogenen Entwicklungsprozess in den Bereichen Fach-, Führungs- oder Projektkarriere interessiert sind. Die Anzahl Mentorschaften ging im Vergleich zum letzten Mal von 25 auf 17 zurück. Die Zwischenevaluation vom Dezember 2008 hat ergeben, dass sowohl Mentorinnen und Mentoren als auch Mentees das Programm als sehr wervoll erleben. Fast alle Mentees erachten das Mentoring als geeignete Form der Unterstützung für ihre berufliche Entwicklung. Das Matching der Mentorschaften wird als gut bis sehr gut bezeichnet. Das Mentoring-Programm ermöglicht den Mentees, persönliche Entwicklungsmöglichkeiten anzuregen, Kompetenzen zu erweitern, sich zu vernetzen und vom reichen Erfahrungsschatz

der Mentorinnen und Mentoren zu profitieren. Das erleben die Mentees als grossen Gewinn.

Rekrutierungskampagne

Im April 2008 hat der Stadtrat beschlossen, in den Sozialen Diensten (SOD) insgesamt 49 neue Stellen für die Bewältigung der Mehrleistungen in der Sozialen Arbeit zu schaffen. Die Mehrheit der Stellen war für SozialarbeiterInnen in den Sozialzentren bestimmt. Für die umfassende Rekrutierung von erfahrenen Profis in der Sozialen Arbeit wurden neue Wege beschritten. Die SOD starteten eine schweizweite Rekrutierungskampagne. Bis auf 2,8 Stellen konnten bis Ende 2008 alle Positionen besetzt werden. Dieses positive Resultat hatte in Anbetracht der grossen Anzahl an gesuchten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, des anforderungsreichen Stellenprofils und des ausgetrockneten Stellenmarkts nicht erwartet werden können. Die Bewerbenden nehmen das Sozialdepartement als innovativen Sozialdienst und attraktiven Arbeitgeber wahr.

Für die zentrale Bearbeitung der Bewerbungsdossiers war eine Koordinatorin zuständig. Dies hatte den Vorteil, dass die valablen Dossiers jeweils für alle Sozialzentren geprüft wurden. So fielen gute Kandidatinnen und Kandidaten nach einer Absage aus einem Zentrum nicht aus dem Rennen, sondern konnten an ein anderes Zentrum weitervermittelt werden.

4.2.3 Spezifische Kennzahlen

Die Struktur der Kennzahlen wurde erstmals für 2006 festgelegt, so dass für frühere Jahre nur teilweise Kennzahlen vorliegen.

Personal

	2004	2005	2006	2007	2008
Anstellungen ¹	–	–	415	497	558
Interne Schulungen ²	61	58	105	362	213
Auszubildende KV (Stichtag 31. Dezember)	45	48	50	50	50
Mitarbeitende im Zuständigkeitsbereich ³ (Stichtag 31. Dezember)	877	1 718	1 740	1 741	1 824

Definitionen:

¹ Anzahl neu besetzter, befristeter oder unbefristeter Teilzeit- und Vollzeitstellen, Praktika und Ausbildungsplätze durch interne oder externe BewerberInnen (inkl. Übertritte, ohne Auszubildende KV)

² Anzahl durchgeführter Schulungsmodule, unabhängig von ihrer Dauer

³ Anzahl Mitarbeitende in aktiver, fester oder befristeter Vollzeit- und Teilzeitanstellung im Stunden- oder Monatslohn (mit PraktikantInnen und Auszubildenden, ohne Auszubildende KV und ohne Einsatzplätze der Arbeitsintegration)

Finanzen

	2004	2005	2006	2007	2008
Anzahl Kreditoren-/Debitorenzahlungen ¹	–	–	706 790	685 147	745 954
Steuererklärungen für KlientInnen mit vormundschaftlichen Massnahmen	2 530	2 639	2 809	2 842	2 907
Vermögensabrechnungen für KlientInnen mit vormundschaftlichen Massnahmen	1 573	1 373	1 492	1 404	1 308
Inkassofälle für Rückerstattungen Sozialhilfe und Unterhaltsbeiträge	–	–	493	643	799

Definitionen:

¹ Anzahl Zahlungen pro Rechnungsjahr (ab 2008 erhoben in SAP)

Informatik

	2004	2005	2006	2007	2008
Bearbeitete Störungsmeldungen ¹	–	–	6 973	8 348	6 980
Gewartete Informatik-Arbeitsplätze (Stichtag 31. Dezember)	–	–	1 642	1 713	1 827
Gewartete Informatik-Fachapplikationen	–	–	64	67	62
Informatik-Projekte und Applikationserweiterungen (Release- und Changemanagement)	–	–	79	59	41

Definitionen:

¹ Anzahl der vom Service Desk an die SupportspezialistInnen weitergeleiteten Tickets

Controlling und Infrastruktur

	2004	2005	2006	2007	2008
Betreuungsverhältnisse in Krippen ¹ (Stichtag 31. Dezember)	–	–	3 083	3 401	3 871
Administrativ betreute Teilnehmende der Arbeitsintegration SEB	–	–	2 613	2 330	2 318
Bewirtschaftete Arbeitsplätze im VZ Werd (Stichtag 31. Dezember)	–	–	330	348	350

Definitionen:

¹ Gesamtzahl der Kinder in subventionierten privaten und städtischen Krippen, die am Stichtag eine gültige Elternbeitragsvereinbarung haben

Recht

	2004	2005	2006	2007	2008
Vertretungen von Klientinnen und Klienten ohne vormundschaftliche Massnahme	–	–	370	333	262
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen	–	–	114	115	103
Beratungsbesuche in Quartierteams der SOD	–	–	180	91	86

4.3 Laufbahnzentrum

4.3.1 Aufgaben

Grundaufgabe des Laufbahnzentrums (LBZ) ist die Unterstützung von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Bewältigung von beruflichen Übergängen. Das gilt für die erste Berufswahl als Übergang zwischen Schule und Beruf, aber auch für die weiteren beruflichen Entscheidungen im Laufe einer Arbeitsbiografie. Der Horizont solcher Entscheidungen ist ein mittelfristiger, denn Lösungen sind in der Regel solche von mittlerer zeitlicher Reichweite, d.h., nach einigen Jahren muss unter Umständen wieder eine neue Entscheidung gefällt werden. In all diesen Übergängen sind berufsberaterische Dienstleistungen nützlich und oft auch erforderlich, sei es Beratung, Information, Lehrstellenvermittlung oder Realisierungsunterstützung.

Im Laufbahnzentrum werden drei Dienstleistungsbereiche unterschieden:

- Berufswahlvorbereitung, Berufs- und Laufbahnberatung
- Berufsinformationen
- Realisierungsunterstützung, wie Lehrstelleninformation und Lehrstellenvermittlung, Brücken- und Lehrstellenangebote sowie Ausbildungsfinanzierung



Üben von Vorstellungsgesprächen, ein wichtiger Teil der Berufswahlvorbereitung in der Schule. (Bild: Susi Lindig)

4.3.2 Jahresschwerpunkte

Beratung

Die Nachfrage nach Beratung ist gegenüber dem Vorjahr sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Erwachsenen um 7% angestiegen, trotz eines erneuten Rückgangs bei den RAV-Fällen (Arbeitslosenberatungen). Bei der ersten Berufswahl ist die Zahl der Schulhaussprechstunden mit 936 und einem Stundenaufwand von 3041 Stunden auf einem Höchststand, ebenso die Anzahl Veranstaltungen für Eltern. Die intensive Zusammenarbeit mit der Schule in der Berufswahlvorbereitung ist ein erklärtes Ziel des Laufbahnzentrums.

In der Erwachsenenberatung erfreut sich der Laufbahn-Check, in dem es um die Klärung der beruflichen Situation und um die Planung des weiteren Vorgehens geht, nach wie vor grosser Beliebtheit. Es konnten 318 Laufbahn-Checks, die mit 80 bis 100 Franken verrechnet werden, durchgeführt werden.

Berufsinformation

Die Internetseite www.berufsinformation.ch des SDBB (Schweizerisches Dienstleistungszentrum für Berufsbildung/Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) wird sehr intensiv frequentiert. Für diese Datenbank liefert das Laufbahnzentrum wichtige Grundlageninformationen in Form der biz-berufsinfos (Informationsblätter zu über 800 Berufen). Auch die Internetseite des LBZ wird mit über 135 000 Besuchenden sehr stark benutzt. Die Dienstleistungen, die direkt im Berufsinformationszentrum an Besuchende erbracht werden, sind indes um knapp 6% zurückgegangen; dies zeigt eine gewisse Verlagerung von der Informationsbeschaffung via BIZ-Besuch zu derjenigen via Internet. Die Aufbereitung des Informationsmaterials fällt in beiden Fällen an.

Realisierungsunterstützung

Die Lehrstellensituation hat sich auf Lehrbeginn 2008 gegenüber dem Vorjahr etwas verbessert, dies insbesondere, weil auf Stadtgebiet 120 Lehrstellen mehr gemeldet wurden. Nachdem in der Stadt Zürich über 99% der angebotenen Lehrstellen besetzt waren, mussten ca. 1300 Jugendliche mit einer Zwischenlösung vorliebnehmen. Diese kommen dann 2009 wiederum auf den Lehrstellenmarkt. Die Veranstaltung LAST CALL, ein letzter Versuch im September, Jugendliche, die nach der Schule keine Anschlusslösung hatten, aufzufangen, konnte im BIZ Zürich einen Besucherrekord von 120 Jugendlichen verzeichnen. 108 Personen konnte eine Zwischenlösung angeboten werden, und zwölf benötigten eine vertiefte berufsberaterische Abklärung.

4.3.3 Spezifische Kennzahlen

Berufs- und Laufbahnberatungen

	2004	2005	2006	2007	2008
Jugendliche unter 18 Jahren	2 696	2 693	2 304	2 012	2 155
Erwachsene über 18 Jahren	4 014	3 181	2 907	2 462	2 628
– davon RAV-Fälle	1 287	915	695	551	495
Total Einzelberatung	6 710	5 874	5 211	4 474*	4 783*

Definition:

* (seit 2007 ohne Lehrstellencoaching und Stipendienberatung) – siehe Tabelle Lehrstelleninformation

Altersverteilung Einzelberatung

	2004	2005	2006	2007	2008
bis 15 Jahre	1 596	1 618	1 542	1 456	1 585
16–17 Jahre	1 100	1 075	762	556	570
18–19 Jahre	435	398	321	248	244
20–24 Jahre	879	682	600	469	475
25–29 Jahre	805	600	574	424	469
30–39 Jahre	1 186	898	814	742	800
40–49 Jahre	539	450	454	428	499
50 und mehr Jahre	170	153	144	151	141
Total	6 710	5 874	5 211	4 474	4 783

Berufswahlvorbereitung und Informationsveranstaltungen

	2004	2005	2006	2007	2008
Klassenbesprechungen	227	253	247	197	193
– im Berufsinformationszentrum (BIZ)	122	134	156	162	151
– in Schulhäusern	105	119	91	35	42
Schulhaussprechstunden					
– Zeitaufwand	2 020 h	1 987 h	2 406 h	2 874 h	3 041 h
– Präsenzen	747	700	766	854	936
Veranstaltungen für Eltern	87	87	98	112	116

Kommentar

Die Zahl der Beratungen hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Vor 2007 waren in diesen Beratungszahlen auch die Beratungen der Lehrstellenvermittlung und die Stipendienberatungen mitgerechnet worden. Ein wichtiges Element

der intensiven Zusammenarbeit zwischen Berufsberatung und Schule (Berufswahlvorbereitung) bilden die Schulhaussprechstunden (936 Präsenzen von durchschnittlich 3¼ Stunden Dauer).

Berufsinformationszentrum (BIZ)

	2004	2005	2006	2007	2008
BesucherInnen, die sich selbst informieren	13 931	12 884	10 392	10 562	10 084
BesucherInnen in Begleitung eines Beraters/einer Beraterin	4 751	3 563	3 032	3 543	3 208
Besuche in Gruppen oder Schulklassen	3 700	3 940	4 560	5 080	4 640
Telefonische Auskünfte	1 754	1 728	1 357	1 361	1 311
Interne Informationen an BerufsberaterInnen	955	838	1 336	1 422	1 470
Schriftliche Auskünfte (inkl. Online-Auskünfte und Kurzberatungen)	433	325	1 527	1 696	1 583
Total der Auskunftleistungen	25 524	23 278	22 204	23 664	22 296

Brücken- und Lehrstellenangebote (Stichtag 31. Dezember 2008)

	2004	2005	2006	2007	2008
Anzahl Personen im Motivationssemester JOB PLUS (Teilnehmende)	122	176	183	184	92
Anzahl Personen JOB PLUS Futura (Teilnehmende)	–	–	3	5	13
Berufslehr-Verbund Zürich (BVZ), Lernende	23	36	84	129	182

Kommentar

Weil der Kanton JOB PLUS, ein Motivationssemester für SchulabgängerInnen ohne Anschlusslösung, nicht mehr im gleichen Umfang finanziert wie die Jahre zuvor, wurde die Zahl der Plätze reduziert. Das über die zuweisende Instanz finanzierte JOB PLUS FUTURA konnte hingegen ausgebaut werden.

Der Berufslehr-Verbund (BVZ) weist einen Höchststand von 182 Lehrverhältnissen aus. Damit leistet diese von der Stadt Zürich mitgetragene Stiftung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lehrstellensituation.

Lehrstelleninformation/-vermittlung

	2004	2005	2006	2007	2008
Gemeldete Lehr- und Anlehrstellen	3 281	3 492	3 581	3 696	3 871
Abgegebene Lehrstellenlisten (LENA)	57 281	35 158	26 921	20 955	17 407
Telefonische Bestellungen für Lehrstellennachweis (LENA)	800	825	506	450	375
BesucherInnen-Lehrstelleninfo	9 929	8 643	6 788	5 938	5 116
Telefonische Kontakte mit Lehrbetrieben	8 912	8 362	8 388	8 463	8 622
Lehrstellencoaching	–	–	–	153*	176*
Stipendienberatung	–	–	–	490*	385*

Definition:

*wurden vor 2007 unter den Beratungen – Tabelle 1 – subsumiert

Kommentar

Die Zahl der gemeldeten Lehrstellen ist wiederum angestiegen und belegt die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe auf Stadtgebiet. Die Lehrstellen werden über den LENA (Lehr-

stellennachweis) per Internet zugänglich gemacht. Dieses Angebot wird vermehrt genutzt, sodass die Zahl der Besuche in der Lehrstelleninfo, aber auch die telefonischen Bestellungen von Lehrstelladressen zurückgingen.

Ausbildungsfinanzierung

Ausbildungsbeiträge nach Fonds	2004	2005	2006	2007	2008
Städtische Stipendien Fr.	1 010 500	1 028 150	1 138 750	1 561 970	1 294 150
StadtbürgerInnenfonds Fr.	74 700	35 500	57 700	35 100	17 800
Ausbildungsdarlehen Fr.	–	–	10 000	–	–
Private Stipendienstiftungen Fr.	705 930	816 410	738 711	840 850	558 600
Total Fr.	1 791 130	1 880 060	1 945 161	2 437 920	1 870 550

Kommentar

Die Zahl der Stipendiengesuche ist zurückgegangen, insbesondere aus den Bereichen der Maturitätsschulen und der höheren Berufsbildung, während bei Berufslehren ein Anstieg zu

verzeichnen war. Dank intensiver Zusammenarbeit mit privaten Stipendienstiftungen konnte pro einem Franken staatlicher Stipendien eine private Unterstützung von gegen Fr. –.50 generiert werden.

4.4 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV

4.4.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Amtes für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) besteht darin, einkommensschwachen Zürcher AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentnern eine angemessene materielle Existenz zu garantieren oder ihnen mittels Zusatzleistungen die selbstständige Bezahlung ungedeckter Heim-

kosten zu ermöglichen. Zudem können bestimmte Krankheits- und Behinderungskosten vergütet werden. Für die Aufgabenerfüllung stehen dem AZL Ergänzungsleistungen, kantonale Beihilfen und Zuschüsse, jährliche Gemeindegzuschüsse, Pflegekostenzuschüsse, ausserordentliche Gemeindegzuschüsse sowie Einmalzulagen zur Verfügung. Sämtliche Leistungsarten sind an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft.

4.4.2 Jahresschwerpunkte

Erfahrungen mit der NFA im Bereich der Zusatzleistungen

Am 1. Januar 2008 sind die Gesetzesänderungen im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) planmässig in Kraft getreten. Wie bereits im Geschäftsbericht 2006 an dieser Stelle ausführlich dargelegt, greift die NFA tief in das historisch gewachsene Aufgaben- und Finanzierungsgeflecht der Zusatzleistungen zur AHV/IV ein; primär bei den Ergänzungsleistungen, indirekt aber auch bei den übrigen kantonal und kommunal geregelten Zusatzleistungen. Den Kantonen stand 2007 ein knappes Jahr zur Verfügung, ihre Zusatzleistungsgesetze an das geänderte Bundesrecht anzupassen. Die Amtsleitung des AZL hat sich während dieser Zeit auf kantonaler Ebene für praktikable und sozialverträgliche Lösungen engagiert. Ein Jahr nach der Inkraftsetzung der NFA kann man feststellen, dass im Kanton Zürich negative Implikationen auf die Zusatzleistungsberechtigten vermieden werden konnten: Weder wurden sie durch die Kantonalisierung der Heimkostenfinanzierung noch durch die Kantonalisierung der Krankheitskosten negativ berührt. Im Gegenteil: Durch den Wegfall der Obergrenze bei den jährlichen Ergänzungsleistungen können die Kosten der meisten Zusatzleistungsberechtigten HeimbewohnerInnen im Rahmen der Ergänzungsleistungen abgedeckt werden. Für diejenigen HeimbewohnerInnen, bei denen die Ergänzungsleistungen und Beihilfen für die Deckung der Heimkosten nicht ausreichen, kann der Fehlbedarf seit 1. Januar 2008 als weiteres Novum mit Zuschüssen nach kantonalem Recht gedeckt werden. Durch den Wegfall des «EL-Maximums» und mit der Einführung der Zuschüsse nach kantonalem Recht hat sich der Bedarf nach den städtischen Pflegekostenzuschüssen auf ein absolutes Minimum reduziert (von über elf Mio. Franken auf eine knappe halbe Mio. Franken), was zur angestrebten und spürbaren Entlastung des städtischen Haushalts geführt hat.

Weniger erfreulich, aber durchaus im erwarteten Rahmen waren und sind die Auswirkungen auf die Komplexität der Finanzströme. Wesentliche Module der vom AZL gemeinsam mit der OIZ entwickelten und von den Städten Zürich und Winterthur getragenen Fallapplikation ZUSO wurden komplett neu konzipiert und programmiert; für die verantwortlichen Experten an sich eine spannende Herausforderung, unter den vom Bund vorgegebenen zeitlichen Rahmenbedingungen indessen eine enorme Belastung.

Konsolidierung nach Reorganisationsprojekt «AZL 2007»

Wie im Geschäftsbericht 2007 ausführlich dargelegt, hat sich das AZL ab Mitte 2006 schwerpunktmässig mit dem Reorganisationsprojekt «AZL 2007» befasst und die Ergebnisse

per 1. Juli 2007 umgesetzt. Heute, nach einhalb Jahren Praxiserfahrung mit den neuen Strukturen und Abläufen, lässt sich feststellen, dass die wesentlichen Ziele des Projekts erreicht worden sind. Die unterschiedlichen Entwicklungen und Belastungen in den verschiedenen Fachabteilungen wurden nachhaltig ausgeglichen. Mit dem Aufbau eines eigentlichen Wissensmanagements konnte das Fachwissen der Mitarbeitenden verbreitert werden. Die wesentlichen Abläufe wurden weitgehend vereinheitlicht und wo nötig gestrafft. Die Zugänglichkeit zum Amt wurde klar verbessert – und damit der Nutzen für die Zusatzleistungsberechtigten. Insgesamt sind das Amt und seine Mitarbeitenden für künftige Herausforderungen besser gerüstet. Nicht ganz den Erwartungen entsprechend ist der Zeitbedarf, den die Konsolidierungsphase beansprucht. Es dauert länger, bis alle Mitarbeitenden ihr Portefeuille wieder mit derselben Routine bearbeiten, wie früher. Dies hat verschiedene Ursachen, hängt aber wesentlich mit der überdurchschnittlich grossen Fallbelastung in der Sachbearbeitung zusammen. Aufgrund der zusätzlich bewilligten Stellen für die Fallführung wird diesbezüglich 2009 sicher eine Entspannung eintreten.

Revision durch das kantonale Sozialamt

Das kantonale Sozialamt übt die Staatsaufsicht gemäss §3 Abs. 2 des Zusatzleistungsgesetzes aus. Vom 16. bis 26. September 2008 führte das Revisorat des kantonalen Sozialamts die periodische Revision beim AZL durch. Insgesamt wurden über 280 Dossiers auf die materielle Fallführung überprüft. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, Dossiers aus allen Fachabteilungen und Teams sowie die verschiedenen möglichen Berechnungsarten nach einer vorbestimmten Stichprobe in die Prüfung einzubeziehen. Weiter wurden bestimmte Elemente aus der Finanzbuchhaltung der Jahre 2005–2007 geprüft und Fragen der AZL-internen Organisation wie das Wissensmanagement, das Schulungskonzept, das interne Kontrollsystem, die Reorganisation «AZL 2007», der Aufbau des internen Revisionsdienstes usw. besprochen.

In seinem Begleitschreiben zum Revisionsbericht vom 1. Dezember 2008 schrieb der Leiter Zusatzleistungen zur AHV/IV und Kinderzulagen des kantonalen Sozialamts an den Stadtrat: «Wir freuen uns, dass wir im Bereich der Zusatzleistungen zur AHV/IV eine ordnungsgemässe Geschäftsführung festgestellt haben, die zu keinen weiteren Bemerkungen Anlass gibt. Wir danken Ihnen und dem Verwaltungspersonal für die geleisteten Dienste.»

4.4.3 Spezifische Kennzahlen

Aufwendungen und Erträge

(in Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Ergänzungsleistungen					
jährliche Ergänzungsleistungen (monatlich ausbezahlt)	267 901 179	277 843 254	285 071 395	287 552 316	324 399 820
Krankheits- und Behinderungskosten	14 958 085	17 367 701	19 296 643	18 931 992	20 948 944
Beihilfen und Zuschüsse nach kantonalem Recht					
Beihilfen (monatlich ausbezahlt)	29 575 228	29 805 916	30 188 866	29 766 340	25 158 408
Zuschüsse nach kantonalem Recht ¹	–	–	–	–	1 360 478
Gemeindezuschüsse					
jährliche Gemeindezuschüsse (monatlich ausbezahlt)	38 676 161	38 765 957	38 918 783	38 085 419	32 872 981
Pflegekostenzuschüsse	4 970 356	5 941 669	10 999 448	11 029 999	499 186 ²
ausserordentliche Gemeindezuschüsse	165 376	150 803	169 291	176 931	231 733
Einmalzulagen	3 549 950	3 556 550	3 976 500	3 954 310	3 883 050
Total Aufwendungen	359 796 335	373 431 850	388 620 926	389 497 307	409 354 600
Erträge					
Bundesbeiträge	21 221 793	22 193 315	22 360 640	22 780 749	³
Staatsbeiträge	81 460 923	84 894 374	86 335 340	87 879 842	126 642 284
Prämienverbilligung	67 537 791	69 948 704	73 870 566	74 345 906	74 395 702
Rückerstattungen	14 144 604	14 326 376	15 896 334	12 662 801	14 358 353
Total Erträge	184 365 111	191 362 769	198 462 880	197 669 298	215 396 339
Nettobelastung Stadt	175 431 224	182 069 081	190 158 046	191 828 009	193 958 261

Definition:

1 Einführung per 1.1.2008 (§ 19a Zusatzleistungsgesetz [ZLG])

2 Vgl. Erläuterungen im nachfolgenden Kommentar

3 Gemäss § 34 Abs. 2 ZLG unterscheidet der Kanton bei seinen Beitragszahlungen seit 1. Januar 2008 nicht mehr zwischen Ergänzungsleistungen und Beihilfen mit unterschiedlichen Beitragssätzen, sondern er leistet den Gemeinden einen einheitlichen Kostenanteil von 44% an die beitragsberechtigten Zusatzleistungen (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse), die nach Abzug der Prämienverbilligungen verbleiben.

Laufende Fälle (Stichtag im Dezember)

	2004	2005	2006	2007	2008
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	6 670	6 736	6 812	6 891	6 924
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	3 431	3 323	3 375	3 175	3 203
IV-RentnerInnen in Wohnungen	4 161	4 504	4 653	4 696	4 705
IV-RentnerInnen in Heimen	1 300	1 368	1 363	1 389	1 394
Total	15 562	15 931	16 203	16 151	16 226

Durchschnittliche Zusatzleistung (im Dezember)

(in Fr. pro Fall)	2004	2005	2006	2007	2008
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Wohnungen	1 245	1 256	1 288	1 292	1 309
AHV-RentnerInnen inkl. Hinterlassene in Heimen	2 306	2 283	2 316	2 389	2 704
IV-RentnerInnen in Wohnungen	1 452	1 453	1 460	1 483	1 509
IV-RentnerInnen in Heimen	2 768	2 839	2 882	2 908	3 322

Durchschnittlicher Pflegekostenzuschuss (im Dezember)

(in Fr. pro Fall)	2004	2005	2006	2007	2008
AHV-RentnerInnen in Heimen	983	985	1 011	921	*
IV-RentnerInnen in Heimen	834	836	880	899	*

Definition:

* Durch den Wegfall der Obergrenze bei den jährlichen Ergänzungsleistungen und die Einführung der Zuschüsse nach kantonalem Recht per 1.1.2008 wurden Pflegekostenzuschüsse im Berichtsjahr praktisch ausschliesslich für Nachzahlungen und Einzelfälle ausgerichtet, sodass sich für das Jahr 2008 keine repräsentativen Aussagen mehr machen lassen.

Diverse Indikatoren

	2004	2005	2006	2007	2008
Verfügungen im Rahmen von Neu- und Wiederanmeldungen	3 160	3 206	2 859	2 708	2 892
Periodische Überprüfungen laufender Fälle	4 037	5 978	5 300	3 980	5 452
Mutationen von Berechnungsgrundlagen laufender Fälle	9 062	9 211	10 128	10 452	12 081
Anspruchsverlust infolge Tod	1 313	1 364	1 291	1 300	1 247
Abgänge infolge Wegfalls von Anspruchsvoraussetzungen	930	1 011	1 090	1 003	1 031
Verfügungen für Krankheits- und Behinderungskosten	16 821	18 105	18 686	19 168	20 579
Verfügungen für Pflegekostenzuschüsse und ausserordentliche GZ	2 969	3 784	5 521	3 775	1 939 ¹

Definition:

¹ Durch den Wegfall der Obergrenze bei den jährlichen Ergänzungsleistungen und die Einführung der Zuschüsse nach kantonalem Recht per 1.1.2008 wurden Pflegekostenzuschüsse im Berichtsjahr praktisch ausschliesslich für Nachzahlungen und Einzelfälle ausgerichtet, sodass sich für das Jahr 2008 keine repräsentativen Aussagen mehr machen lassen.

Kommentar

Von 2001 bis 2005 hat die Zahl der Rentenberechtigten mit Zusatzleistungen zur AHV/IV stets deutlich zugenommen. Diese Entwicklung hat sich 2006 erstmals etwas abgeschwächt, und 2007 wurden sogar leicht tiefere Fallzahlen gemessen als im Vorjahr. Ende 2008 (Stichtag im Dezember) wurden 16 226 (Vorjahr: 16 151) laufende Fälle gezählt, was einer Veränderung von 0,5% (-0,3%) entspricht. Vor allem bei den IV-Rentenberechtigten wurde – im Gegensatz zu früheren Jahren – mit 0,2% (1,2%) praktisch kein Zuwachs mehr gemessen. Bei den AHV-Rentenberechtigten belief er sich auf 0,6% (-1,2%). Die Fallzahlstabilisierung hat sich also 2008 nochmals fortgesetzt, wobei zu berücksichtigen ist, dass auf

Grund der hohen Arbeitsbelastung sowohl 2007 als auch 2008 höhere Pendenzen gemessen wurden als in früheren Jahren.

Auf den 1. Januar 2008 ist die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft getreten, was zu massgeblichen Verschiebungen innerhalb der verschiedenen Aufwendungen und Erträge geführt hat. Die Aufwendungen für die Zusatzleistungen haben mit 409 354 600 Franken gegenüber 389 497 307 Franken im Vorjahr um 5,1% (0,2%) zugenommen. Die Bruttoleistungen verteilen sich zu 79,3% (78,7%) auf jährliche Ergänzungsleistungen, zu 6,2% (7,6%) auf kantonale Beihilfen, zu 0,3%(-) (die Zuschüsse nach kantonalem

Recht wurden per 1.1.2008 eingeführt) auf kantonale Zuschüsse, zu 8,0% (9,8%) auf jährliche Gemeindegzuschüsse, zu 0,1% (2,8%) auf Pflegekostenzuschüsse und zu 1,0% (1,1%) auf ausserordentliche Gemeindegzuschüsse und Einmalzulagen. Das Nettoergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2 130 252 oder 1,1% auf 193 958 261 erhöht. Deutlicher als mit Prozentzahlen lassen sich die Auswirkungen der NFA auf den städtischen Haushalt aber mit folgendem Vergleich ausdrücken: Obwohl die Aufwendungen (Bruttokosten) gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Mio. Franken gestiegen sind, hat sich die Nettobelastung für die Stadt lediglich um 2,1 Mio. Franken erhöht.

Nachdem sich 2007 bei der Vergütung von Krankheitskosten im Rahmen der Ergänzungsleistungen eine vorübergehende Entspannung eingestellt hat, sind die Auslagen im Berichtsjahr wieder deutlich gestiegen: von 18 931 992 auf 20 948 944 Franken, was einer Zunahme um 10,7% (+1,9%) entspricht.

Relativ am grössten waren die Schwankungen im Bereich der

Restfinanzierung von Kosten in Pflegeheimen und Wohnheimen für Behinderte. Durch den Wegfall der Obergrenze bei den jährlichen Ergänzungsleistungen waren in den allermeisten Fällen, die bisher zusätzlich auf Beihilfen, jährliche Gemeindegzuschüsse und kommunale Pflegekostenzuschüsse angewiesen waren, keine solchen Leistungen mehr notwendig. Falls doch, erfolgte die Restkostenfinanzierung durch die neu geschaffenen kantonalrechtlichen Zuschüsse. Mit 1 360 478 haben diese indessen nur einen Bruchteil der Kosten verursacht, die die Stadt Zürich bisher im Heimbereich für die jährlichen Gemeindegzuschüsse und die Pflegekostenzuschüsse aufwenden musste. Letztere wurden 2008 praktisch nur noch für Nachzahlungen für das Jahr 2007 sowie für seltene Einzelfälle beansprucht. Die Aufwendungen sind daher von 11 029 999 auf 499 186 Franken gesunken.

Im Gegensatz zum Jahr 2007, das aufwand- und ertragsmässig ein sehr stabiles Jahr war, hat die NFA 2008 erwartungsgemäss für eine Periode mit zahlreichen und teilweise massiven Umwälzungen gesorgt.

4.5 Soziale Dienste

4.5.1 Aufgaben

Die Sozialen Dienste Zürich (SOD) handeln im Rahmen der sozialen Grundversorgung gestützt auf das Sozialhilfegesetz, das Jugendhilfegesetz und das ZGB. Die SOD richten ihre Leistungen auf eine nachhaltige soziale und berufliche Integration der BewohnerInnen der Stadt Zürich sowie auf die gute Qualität des Zusammenlebens in den Quartieren aus. In den fünf polyvalenten Sozialzentren wird eine umfassende soziale Grundversorgung für die BewohnerInnen einer Region sichergestellt. Die Dienstleistungen reichen von der präventiv ausgerichteten Gemeinwesenarbeit und Soziokultur über Angebote der Jugend- und Familienhilfe, der gesetzlichen Betreuung und Vertretung im Rahmen einer zivilrechtlichen Massnahme bis zur wirtschaftlichen und persönlichen Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz.

4.5.2 Jahresschwerpunkte

Stellenausbau in der Fallarbeit

In den letzten Jahren standen die Sozialen Dienste der Stadt Zürich einem starken Wachstum der Fallzahlen im Bereich wirtschaftliche Sozialhilfe gegenüber (Anstieg Gesamtzahl kumulierte Fälle seit 2002 von rund 16 800 auf 20 400 Fälle). Trotz aller Massnahmen konnten die SOD das rasante Fallwachstum nur mit Abstrichen in der Intensität der Fallarbeit bewältigen. Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates forderte ein aktiveres Fallmanagement, was sich mit der Überzeugung der SOD deckte. Allerdings ist dies ohne zusätzliche Ressourcen nicht möglich. Aus diesem Grund beantragte das Sozialdepartement beim Stadtrat die Schaffung zusätzlicher 49 Stellen. Stadtrat und Gemeinderat haben diese zusätzlichen Stellen bewilligt. Die jährlich wiederkehrenden Personalkosten für die neu geschaffenen Stellen belaufen sich insgesamt auf rund 6,9 Mio. Franken.

Neuer Antrag für wirtschaftliche Sozialhilfe

Seit dem 1. Juli 2008 wird in den Intakes der Sozialzentren (zuständig für alle neuen Fälle) ein weiterentwickelter Antrag für wirtschaftliche Sozialhilfe eingesetzt. Er ist stärker auf die Kernrisiken bei der Abklärung der Mittellosigkeit ausgerichtet und verlangt eine tiefere und breitere Dokumentation als bisher. So werden beispielsweise bei der Selbstdeklaration der Klientinnen und Klienten heute mehr Dokumente zwingend eingefordert. Ausserdem werden noch detailliertere Fragen zu den Vermögensverhältnissen gestellt. So wird die Mittellosigkeit noch besser abgeklärt.

Schulsozialarbeit

Im Herbst 2007 meldeten die Kreisschulpflegen dringenden Zusatzbedarf an Schulsozialarbeit, um SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu beraten. Aus diesem Grund erhöhte der Gemeinderat im Dezember 2007 die Lohnausgaben für Schulsozialarbeit um eine Mio. Franken. In der Schulsozialarbeit, einem Angebot der Jugend- und Familienhilfe, haben die Sozialen Dienste der Stadt Zürich 2008 die Stellenzahl von 24 um zehn auf 34 Vollzeitstellen aufgestockt. Betreute die Schulsozialarbeit 2007 noch 51 Schulhäuser, so waren es 2008 bereits 59. Die SchulsozialarbeiterInnen sind den Quartierteams in den Sozialzentren angeschlossen, haben aber ihren Arbeitsplatz in den Schulhäusern, sodass SchülerInnen, Lehrpersonen und Eltern einen nahen und niederschweligen Zugang haben. Die aktuellen Themen in der Beratung reichen von Gewaltfragen über Sexualität der Jugendlichen bis hin zu Freizeitbeschäftigung und Sozialverhalten. OberstufenschülerInnen beschäftigen zudem die schwierigen Aussichten auf eine Berufsausbildung.

Freiwilligen-Award Kreis 6

Das gut funktionierende Zusammenleben und die Lebensqualität in den Quartieren hängen stark von der Freiwilligenarbeit unzähliger Personen ab. Um diesen engagierten Personen Wertschätzung entgegenzubringen, rief die Kontaktstelle Freiwilligenarbeit der SOD den «Freiwilligen-Award Kreis 6» mit einem im Quartier breit abgestützten Patronat ins Leben.

Am 18. Mai 2008 wurde der Preis zum ersten Mal überreicht. Preisträgerin der Kategorie Einzelpersonen ist Marlies Dinkel, Mitbegründerin verschiedener Vereine und Organisationen, wie dem interkulturellen Verein Treffpunkt, dem Montagskafi, mit dem wichtige Integrationsarbeit geleistet wird, oder der Kinderkrippe Schiguna. Der Preis in der Kategorie Gruppen/Vereine geht an den FC Unterstrass. Mit seiner grossen Juniorenabteilung mit rund 180 Junioren in zehn Junioren-Mannschaften leistet der FC Unterstrass einen wichtigen Beitrag zur Integration und Prävention in der Jugendarbeit. Als Preise erhielten die Gewinner einen Wanderpokal und einen Geld- oder Sachpreis im Gesamtwert von rund 2000 Franken.

Gewaltschutzgesetz

Per 1. April 2008 trat das Gewaltschutzgesetz in Kraft. Seither haben die polizeilichen Interventionen stark zugenommen. Wenn die Stadtpolizei wegen häuslicher Gewalt ausrücken muss und im entsprechenden Haushalt unmündige Kinder leben, so erstattet die Polizei der Vormundschaftsbehörde Meldung. Diese beauftragt bei Gefährdung des Kindeswohls die Sozialzentren mit den Abklärungen. In der Folge der Gesetzesänderung hat die Zahl der aufwendigen Abklärungen bei den Sozialen Diensten sprunghaft zugenommen. Teilweise handelt es sich um Kinderschutzfälle, bei denen sofortiges behördliches Handeln erforderlich ist.

Mütter-/Väterberatung

Das niederschwellige Beratungsangebot der Mütter- und Väterberatung bzw. Kleinkindberatung ist ein spezialisiertes Angebot und integraler Teil der Jugend- und Familienhilfe. Es richtet sich an Eltern von Babys und Kleinkindern bis zu fünf Jahren. 2008 wurden die Eltern von 5571 (Vorjahr: 5174) Babys beraten. Dies in insgesamt 25109 (24 230) Beratungen. Die Zunahme basiert unter anderem auf einem Anstieg der Geburten sowie der NeuzuzügerInnen in der Stadt Zürich. 2008 beschäftigten die Mütter und Väter bei Säuglingen vor allem Schrei-/Schlaf-/Fütterstörungen. Bei Kleinkindern von 1½ bis drei Jahren kam es zudem häufiger zu exzessiven Trotzreaktionen aufgrund mangelnder Grenzsetzung durch die Eltern. Ausserdem nahmen die Beratungen psychisch kranker Eltern zu.

Elternberatungsstelle

Die Elternberatungsstelle regelt als gesamtstädtische Beratungsstelle der Sozialen Dienste im Auftrag der Vormundschaftsbehörde die gesetzlichen Ansprüche von Kindern, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind. Seit 2003 hat die Zahl der neuen Fälle stark zugenommen. Damals waren es 733, 2006 bereits 925, und 2008 schliesslich 1193 Fälle. Ein Grund dafür liegt bei der steigenden Geburtenzahl. Zusätzlich hat der Anteil der unverheirateten Mütter zugenommen. Schliesslich steigt auch die Zahl der Folgevereinbarungen. Dies hängt unter anderem mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Wird ein Vater beispielsweise arbeitslos oder muss in einer neuen Anstellung eine Lohneinbusse hinnehmen, so muss auch der Unterhaltsvertrag angepasst werden, was zu mehr Arbeit für die Elternberatungsstelle führt.

Schwerpunkte der Gemeinwesenarbeit (GWA) und der Soziokultur

- In Zürich-Leimbach verwaltet die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien 59 Wohnungen aus den 60er-Jahren. Sie werden an Familien aus bescheidenen Verhältnissen mit

mindestens drei Kindern vermietet. Hier leben 168 Kinder aus 18 Nationen. Aufgrund von Reklamationen aus dem Quartier startete die GWA Zürich Süd in Zusammenarbeit mit der Sozialarbeiterin der Stiftung eine partizipative Siedlungsentwicklung. Ziel war es, die Mieterschaft für ein friedliches Zusammenleben in der Siedlung zu gewinnen. Eine Befragung zu den Bedürfnissen der Bewohner zeigte, dass es drei Hauptprobleme gibt: unbeaufsichtigte Kinder in der Siedlung, Abfall und Unordnung, kulturelles Zusammenleben. In der Folge erarbeiteten die SiedlungsbewohnerInnen in Gruppen Massnahmen. Neben Diskussionsgruppen gibt es «Deutschkurse im Treppenhaus», wöchentliche Spielnachmittage für Kinder und ein Mädchentreff für 9- bis 12-Jährige. Dank der Zusammenarbeit mit der Stiftung für kinderreiche Familien, dem GZ Leimbach sowie der Suchtprävention und der Integrationsförderung konnte die Situation merklich verbessert werden.

- Anfang 2008 häuften sich im Quartier Rütihof Konflikte um das Verhalten zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, Lärmemissionen und Motorräder in der 30er-Zone. Um die Konflikte zu lösen, organisierte die GWA Waidberg, zusammen mit sip züri und der Baugenossenschaft Sonnengarten, im April eine Veranstaltung. Am Treffen haben sich rund 15 Jugendliche und zehn AnwohnerInnen mit Personen aus städtischen Institutionen (Stadtpolizei, Schulhaus und Quartiertreff) auf Verhaltensregeln im öffentlichen Raum geeinigt. Zudem hat die Auflösung der Anonymität dafür gesorgt, dass seither BewohnerInnen unterschiedlichen Alters offen aufeinander zugehen und miteinander ins Gespräch kommen. Da der Rütihof zurzeit über keine geeignete Infrastruktur für Jugendliche verfügt, arbeiten Jugendliche ausserdem in einer Projektgruppe an einem Provisorium mit Container, das den Jugendlichen bis zum «Ringling»-Neubau als Treffpunkt zur Verfügung steht. Im Neubauprojekt sind Räume für Erwachsene wie auch für Jugendliche vorgesehen.
- Unter dem Namen «Quartiersekretariat Neu-Oerlikon» vermittelte die GWA Zürich Nord zwischen Quartier-, Verwaltungs- und Firmeninteressen. Sie hat dazu verwaltungsinterne und öffentliche Kommunikationsplattformen zur Verfügung gestellt. Auch hat die GWA den Verein Quartierentwicklungsfonds Neu-Oerlikon, in dem sich Grundeigentümer, Investoren, Firmen- und Quartiervertreter organisiert haben, bei der Mittelbeschaffung und -verwendung für Identität stiftende Projekte unterstützt und beraten. Zudem setzte sich die GWA für belebte, nutzerfreundliche Parkanlagen ein. Sie führte mit Partnerorganisationen Mitwirkungsprozesse durch, in die sich die Bevölkerung aktiv einbrachte. So wird der Oerlikerpark mit einem attraktiven Kinderspielplatz, weiteren Spielgeräten und Sitzmöglichkeiten ausgestattet. Und am Max-Bill-Platz entsteht ein attraktiver Familien- und Quartiertreffpunkt.
- Im Juni 2008 wurde die im Februar 2006 begonnene Erneuerung der städtischen Abwasseranlagen auf dem Gelände des Jugendkulturhauses «Dynamo» fertiggestellt. Gleichzeitig sind die alten Container, die der Metallwerkstatt als Büro und Lager dienten, durch einen Neubau ersetzt worden. Somit präsentiert sich der Platz vor dem Haus jetzt offen und freundlich. Das «Dynamo» hat die Einweihung des neugestalteten Areals zusammen mit seinem 20-Jahr-Jubiläum vom 5. bis zum 7. Juni 2008 gefeiert. Wie erfolgreich die Arbeit des Dynamo war und ist, legte Nadja Sieger von «Ursus & Nadeschkin» in ihrer Rede dar. Sie zeigte,

wie wichtig ihr damals als unbekannt junge Künstlerin die Übungsmöglichkeiten im «Dynamo» waren. Dies sei erfolgreiche Soziokultur pur: den Menschen Räume geben für ihre kleinen und grossen Träume, damit diese wahr werden.

- Am 8. November 2008 feierte der Quartiertreff Hardau sein 30-jähriges Bestehen mit einer öffentlichen Veranstaltung und machte somit den Auftakt für eine Jubiläumsreihe von Quartiertreffs, die 2009 fortgesetzt wird. Der Jubiläumstag wurde zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Hardau realisiert. Ziel war die Begegnung von Anwohnern und Anwohnerinnen in dieser anonymen Siedlung. Die Plattform F, die sonst wenig bevölkert ist, wurde für einen Tag zum Dorfplatz und Treffpunkt.
- Die Spielanimation der Soziokultur Kinder der Kreise 3, 4 und 5 des Sozialzentrums Ausstellungsstrasse war 2008 auf der Josefswiese, der Bäckeranlage, dem Kanzleiareal, dem Gertrudplatz, der Fritschiwiese und im Lochergut präsent und sorgte für eine Balance zwischen den verschiedenen

Nutzerinnen und Nutzern. Mit Spiel- und Basteltischen bewegten die Spielanimatorinnen die Kinder zum Mitmachen. Ausserdem verhandelten die Animatorinnen wenn nötig mit Randständigen, beruhigten aufgebrauchte Pétanquespieler und gingen auf zurückhaltende Kinder zu.

- Das Kanzleiareal ist einer der wenigen öffentlichen Räume im dicht bebauten Langstrassenquartier. Es ist Pausenplatz und Spielplatz, Treffpunkt für Gross und Klein, aber auch immer wieder Drogenumschlagplatz. Die Gemeinwesenarbeit Kreis 3, 4 und 5 leitet seit 2007 den Runden Tisch Kanzlei (RUK), in dem sich alle Vereine, Organisationen und städtischen Stellen, die auf und rund um das Areal tätig sind, regelmässig treffen. Ziel des RUK ist, im nicht immer einfachen Nebeneinander der verschiedenen Gruppen das Areal für die Bevölkerung zu erhalten. So entstand die Idee des Frühlingsfestes, das durch die tatkräftige Mitarbeit aller vor Ort Tätigen ein grosser Erfolg wurde.

4.5.3 Spezifische Kennzahlen

Zahlungen Existenzsicherung und erzieherische Hilfen

(in Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Grundbedarf Lebensunterhalt	86 158 371	86 396 690	79 475 054	70 418 172	n.v.*
Grundbedarf Unterhaltsdifferenz	21 310 266	21 865 843	25 459 908	28 850 810	n.v.*
Wohnungs- und Nebenkosten	70 256 398	76 604 349	76 721 060	71 739 854	n.v.*
Medizinalkosten	18 748 476	20 334 617	20 713 431	20 429 447	n.v.*
Situationsbedingte Leistungen – allgemein	17 298 648	18 274 782	17 521 859	16 861 095	n.v.*
– Integration Arbeitswelt	4 342 437	4 888 419	5 669 732	5 090 922	n.v.*
– Platzierungskosten	62 646 402	62 656 876	56 159 638	57 873 826	n.v.*
Diverse Auslagen bei bedeckten Konti	577 594	788 159	507 421	415 501	n.v.*
Zwischentotal	281 338 592	291 809 734	282 228 104	271 679 627	269 952 180
Beiträge Krankenkassen- prämien	30 736 459	34 595 334	34 724 818	32 304 807	28 476 542
Total	312 075 051	326 405 067	316 952 922	303 984 433	298 428 722

Definition:

* Diese Aufgliederung ist aufgrund einer Systemumstellung nicht mehr verfügbar. Neue Aufgliederung siehe unten.

Zahlungen Existenzsicherung und erzieherische Hilfen

	2004	2005	2006	2007	2008
Materielle Grundsicherung					
– Grundbedarf Unterhaltsdifferenz (1. Quartal 2008)	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	6 762 707
– Grundbedarf Lebensunterhalt	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	98 857 126
– Wohnkosten	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	85 558 445
– Medizinische Grundversorgung	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	20 014 227
– abzüglich Aufwandminderungen (Löhne und Einkommen der KlientInnen)	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	-29 019 305
Situationsbedingte Leistungen					
– allgemein	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	26 123 456
– berufl. und soziale Integration	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	9 995 589
– erzieherische Hilfen	n.v.**	n.v.**	n.v.**	n.v.**	51 659 935
Zwischentotal	281 338 592	291 809 734	282 228 104	271 679 627	269 952 180
Beiträge Krankenkassenprämien	30 736 459	34 595 334	34 724 818	32 304 807	28 476 542
Total	312 075 051	326 405 067	316 952 922	303 984 433	298 428 722

Definition:

** Wegen einer Systemumstellung per 1. April 2008 ist diese Aufgliederung für die Vorjahre nicht verfügbar.

Per 1. April 2008 erfolgt eine konsequente Anwendung des Bruttoprinzips: Bei KlientInnen mit Löhnen und Einkommen wird nicht mehr eine Unterhaltsdifferenz berechnet (Anspruch minus die Löhne und Einkommen), sondern einerseits der ge-

samte Aufwand und andererseits die Löhne und Einkommen als Aufwandminderung verbucht. Daher sind der verbuchte Grundbedarf Lebensunterhalt, die Wohnkosten usw. höher und nicht mehr mit den Vorjahren vergleichbar.

Rückerstattungen vereinnahmte Geldmittel (ohne Krankenkassenbeiträge): Überblick

(in Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Total Rückerstattungen Behörden	41 781 410	53 999 442	46 167 729	40 787 612	29 591 257
Total Rückerstattungen von anderen Zahlungspflichtigen	62 844 654	58 360 251	52 836 712	54 355 338	61 781 126
Rückerstattungen total (ohne transitorische Abgrenzungen)					
Total	104 626 065	112 359 693	99 004 441	95 142 950	91 372 383

Rückerstattung vereinnahmte Geldmittel

(in Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Behörden					
Direktion Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich, Ausländer	3 001 340	4 229 340	3 540 322	3 216 318	2 438 276
Heimatbehörden	882 586	840 524	7 655 856	6 269 273	5 047 094
Bund, Asylbewerber	294 214	3 299 509	3 107 551	2 355 200	159 887
Total (ohne Berücksichtigung des Staatsbeitrags)	4 178 140	53 999 442	46 167 729	40 787 612	29 591 257
Selbstzahler					
Rückzahlungen	2 267 828	3 183 893	2 500 888	3 302 851	3 552 777
Lohn- und Vermögensverwaltung	395 800	672 902	735 705	740 436	2 892 981
Erbabtretungen	401 274	364 350	279 975	491 064	1 712 920
Total	3 064 902	4 221 146	3 534 568	4 534 351	8 158 678
Verwandte					
Unterhaltsbeiträge Kinderzulagen	2 540 210	2 611 847	2 359 213	2 494 078	2 444 977
Ehegattenalimente	373 607	352 578	321 479	382 904	213 511
Verwandtenunterstützung	1 144 012	1 026 122	797 091	1 136 539	825 987
Total	4 057 829	3 990 547	3 477 783	4 013 520	3 484 475
Sozialinstitutionen					
IV	32 497 987	27 104 542	22 248 440	23 804 153	28 385 102
AHV	2 292 827	2 226 072	2 400 482	2 808 655	3 413 579
Arbeitslosenversicherung	683 212	5 451 562	4 680 592	3 178 664	2 726 820
Krankenkassen, Unfall- und andere Versicherungen	6 930 494	7 859 412	8 245 884	8 023 337	7 772 145
KKBB, Überbrückungshilfen, Alimentenbevorschussung	4 954 769	5 219 796	5 224 753	4 738 337	4 107 759
Pensionskassenleistungen	874 548	1 036 725	1 398 134	1 222 963	1 847 229
Stipendien, Fonds, Stiftungen	1 339 171	1 250 450	1 626 075	2 031 357	1 885 339
Total Sozialinstitutionen	55 721 924	50 148 559	45 824 360	45 807 466	50 137 973
Total Rückerstattungen	104 626 065	112 359 693	99 004 441	95 142 950	91 372 383

Kennzahlen Sozialhilfe

	2004	2005	2006	2007	2008
Anzahl neue Sozialhilfefälle (inkl. Wiederaufnahmen)	4 950	4 616	3 958	3 476	3 858
Durchschnittliche Anzahl Sozialhilfefälle mit Auszahlung pro Monat	8 342	9 131	9 256	8 888	8 282
Sozialhilfefälle kumuliert	13 076	13 799	13 597	13 198	13 050
Sozialhilfebeziehende (Personen) kumuliert	21 513	22 530	22 130	21 334	19 648
abgeschlossene Fälle (Juli Vorjahr bis Juni Rechnungsjahr)	3 569	4 127	4 159	4 234	n.v.*
Durchschnittliche Sozialhilfequote (Jahresdurchschnitt in %)	4.1%	4.5%	4.5%	4.3%	3.7%
Kumulative Sozialhilfequote (in %)	6.3%	6.6%	6.5%	6.0%	5.4%
Infodona: beratene Personen (ohne finanzielle Leistungen)	1 254	1 440	1 413	1 514	1 580
Infodona: Beratungen pro Jahr (ohne finanzielle Leistungen)	2 758	2 942	3 300	3 169	3 456

Definition:

* wegen einer Systemumstellung für 2008 nicht verfügbar

Kommentar

Nachdem sich die Fallzahlen 2007 auf hohem Niveau stabilisiert hatten, konnte 2008 ein Rückgang der Sozialhilfezahlen verzeichnet werden. Grund für die Abnahme war die gute konjunkturelle Entwicklung in der Schweiz, die schon länger anhält und Einfluss auf die Sozialhilfezahlen hatte.

Die Auslagen (ohne Krankenkassenprämien) lagen im Jahr 2008 bei 270 Mio. Franken.

Die jährlich ausgewiesene kumulative Fallzahl sank von 13 198 auf 13 050 Fälle. Davon werden 280 Fälle von der Asyl-Organisation geführt. Die durchschnittliche Fallzahl pro Monat sank von 8 888 auf 8 282 Fälle. Davon werden 167 Fälle von der Asyl-Organisation geführt. Die Fälle mit Rückerstattungen, Verwandtenunterstützung und elterlicher Unterhaltspflicht bei der Abteilung Zentrale Rückerstattung nahmen erneut zu.

Bei der Infodona hat die Anzahl Beratungen mit 3 456 (3 169) gegenüber 2007 leicht zugenommen.

Jugend- und Familienhilfe

	2004	2005	2006	2007	2008
neue Fälle Jugend- und Familienhilfe (ohne Wiederaufnahmen)	661	684	647	717	n.v.*
neue Platzierungen					
– in Heimen	141	157	104	122	n.v.*
– in Pflegefamilien	13	8	9	16	n.v.*
– in Tagesstrukturen	67	92	73	70	n.v.*
Fälle Kleinkinderbetreuungsbeiträge	369	389	374	346	383
Alimentenbevorschussungsfälle	1802	1805	1886	1775	1866
Schuldner Alimenteninkasso	3231	3420	3372	3275	3626
Durchschnittliche Anzahl Platzierungen					
– in Heimen	436	430	415	370	n.v.*
– in Pflegefamilien	108	99	89	82	n.v.*
– in Tagesstrukturen	152	166	165	161	n.v.*
Platzierungen kumuliert					
– in Heimen	593	624	572	573	n.v.*
– in Pflegefamilien	130	122	112	106	n.v.*
– in Tagesstrukturen	218	260	249	247	n.v.*
Jugend- und Familienhilfe					
– durchschnittliche Anzahl Fälle	2325	2104	2415	2510	n.v.*
– Fälle kumuliert	3166	3209	3274	3381	n.v.*
– abgeschlossene Fälle	836	794	843	866	n.v.*
Mütter-/Väterberatung					
– erfasste Kinder	4654	4792	4816	5174	5571
– Beratungen	21529	22611	23157	24230	25109
Jugendberatung					
– beratene Personen	381	430	429	427	491
– Beratungsstunden	5028	4751	4907	4614	5207

Definition:

* wegen einer Systemumstellung für 2008 nicht verfügbar

	2004	2005	2006	2007	2008
Schulsozialarbeit: SchulsozialarbeiterInnen	26	36	39	41	41
Schulsozialarbeit: betreute Schulen	33	42	45	51	59
neue beaufsichtigte Tagesverhältnisse	117	69	78	78	57
Pflegekinder: beaufsichtigte Tagesverhältnisse (kumuliert)	367	286	264	248	234
Pflegekinder: durch den Fachbereich Pflegekinder mitfinanzierte Tagesverhältnisse	98	93	89	86	66
Pflegekinder: neue beaufsichtigte Pflegeverhältnisse	25	26	34	24	20
Pflegekinder: beaufsichtigte Pflegeverhältnisse (kumuliert)	169	137	148	138	132
Pflegekinder: durch die Fachstelle Pflegekinder mitfinanzierte Pflegeverhältnisse	14	12	11	8	3
Regionale Kinderschutzgruppen: neu gemeldete Fälle	88	108	114	104	111

Aufgrund der Einführung eines neuen Fallführungssystems für die Klientenarbeit stehen für 2008 für verschiedene Kennzahlen keine Werte zur Verfügung, die mit den vergangenen Jahren vergleichbar sind. Aus diesem Grund fehlen in den Tabellen mehrere Werte.

Die sieben Kinderschutzgruppen wurden als Konsultativgremien in 111 Fällen zur Beratung und Begleitung von Kinder-

schutzfällen beigezogen, was eine leichte Zunahme von sieben Fällen bedeutet.

Die Schulsozialarbeit wurde auf weitere Schulhäuser ausgedehnt: In 59 (51) Schulhäusern sind 41 (41) SchulsozialarbeiterInnen tätig.

Zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen

	2004	2005	2006	2007	2008
Neue Erwachsenenschutzmassnahmen	388	338	351	577	n.v.*
Neue Kindesschutzmassnahmen	288	278	274	225	n.v.*
Erwachsenenschutzmassnahmen (kumuliert)	2761	2812	2969	3295	3567
Erwachsenenschutzmassnahmen (Jahresdurchschnitt)	2425	2548	2657	2882	3293
Kindesschutzmassnahmen (kumuliert)	1735	1785	1780	1774	1850
Kindesschutzmassnahmen (Jahresdurchschnitt)	n.v.*	1503	1518	1517	1549
KlientInnen mit Vermögensverwaltung (kumuliert)	n.v.*	n.v.*	n.v.*	n.v.*	3810
KlientInnen mit zusätzlicher Rechtsvertretung durch den Rechtsdienst SDS (kumuliert)	195	261	241	284	314
Regelung Vaterschaft, Unterhalt und Sorgerecht: einvernehmliche Fälle kumuliert	1089	1145	1132	1338	1462
Begleitete private BetreuerInnen (kumuliert)	1093	1069	1055	1049	1027

Definition:
* wegen Systemumstellungen nicht verfügbar

Soziokultur und Gemeinwesenarbeit

	2004	2005	2006	2007	2008
Erholung und Freizeit:					
Öffnungszeiten der Begegnungsorte	22 165	21 652	19 842	20 590	20 665
Veranstaltungen	4 176	4 079	4 398	3 725	4 168
BesucherInnen von Veranstaltungen	125 503	114 677	131 928	134 789	137 030
Bildung, Kreativität, Kunst:					
Bildungsangebote	8 394	5 494	5 580	6 065	4 760
An Bildungsangeboten Teilnehmenden	94 715	71 273	62 930	67 434	59 860
Supportstunden für Eigeninitiativen	19 950	18 342	18 388	19 471	18 960
Soziale Stadtentwicklung:					
Projekte zur Gemeinwesenentwicklung	92	148	142	132	119

4.6 Soziale Einrichtungen und Betriebe

4.6.1 Aufgaben

Die Sozialen Einrichtungen und Betriebe (SEB) führen Einrichtungen, Betriebe und Programme, in denen Menschen gesellschaftlich integriert werden.

- Der Geschäftsbereich Wohnen und Obdach umfasst Akutunterkünfte, begleitetes und betreutes Wohnen, Notwohnungen und Heime.
- Der Geschäftsbereich Sucht und Drogen führt ein breites Angebot an präventiven, sozialen und medizinischen Hilfestellungen für Suchtmittel konsumierende Menschen.
- Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung umfasst zehn Kindertagesstätten, darunter drei Kinderhäuser mit erweitertem Auftrag in ihren Quartieren.
- Der Geschäftsbereich Arbeitsintegration führt Betriebe und Programme zur beruflichen und sozialen Integration von Sozialhilfebeziehenden, erwerbslosen Jugendlichen und IV-Beziehenden.

4.6.2 Jahresschwerpunkte

Ressourcen- und Sozialraumorientierung

Die Geschäftsleitung SEB hat sich 2007 entschlossen, die Methode der Ressourcen- und Sozialraumorientierung (RSO) in allen Geschäftsbereichen zu implementieren. Gemäss diesem Fachkonzept fokussiert soziale Arbeit nicht nur individuelle Unterstützungsprozesse, sondern verbindet konsequent den Veränderungswillen und die Ressourcen der Menschen mit den Möglichkeiten ihres Sozialraums (Nachbarschaft, Plätze, Natur, Infrastruktur). Die Fachkräfte denken weniger darüber nach, was ihrer Meinung nach für die Klientinnen und Klienten

oder Menschen in einem Quartier «gut» sein könnte, sondern fragen die Betroffenen direkt nach ihren Interessen sowie danach, was sie selbst zur Verbesserung ihrer Situation tun können. Sozialarbeit orientiert sich am Willen der Klientinnen und Klienten und unterstützt Selbsthilfekräfte und Eigeninitiative. Diese Haltung wird in speziell für die Mitarbeitenden der SEB konzipierten Workshops vermittelt und trainiert.

Mehr Beherbergungen bei Wohnen und Obdach

Die Einrichtungen des Geschäftsbereichs Wohnen und Obdach beherbergten über 2700 Personen. Den Hauptanteil stellten mit 1300 Personen die BewohnerInnen der Notwohnungen, in aller Regel wohnungslose Familien mit Kindern. Beim Begleiteten Wohnen, einem Angebot für sozial beeinträchtigte Einzelpersonen mit Abhängigkeiten von psychoaktiven Substanzen, meistens Heroin oder Alkohol, hielt sich die Nachfrage auf dem Niveau der Vorjahre. Die restlichen 1000 Klientinnen und Klienten verteilten sich auf das Betreute Wohnen, die Familienherbergen, die Jugendwohngruppen, die Notschlafstellen und die Heime.

Zusammenlegung der Notschlafstellen

Die Notschlafstelle für Frauen an der Meinrad-Lienert-Strasse 16 wurde per Ende September aufgehoben. Ab 1. Oktober finden obdachlose Frauen in der Notschlafstelle Rosengartenstrasse 30 ein Bett für die Nacht. Hier wurde der Annex zur Frauenetage mit separatem Eingang umgerüstet. Der Umzug hat sich aufgedrängt, nachdem die Nachfrage nach Frauenbetten auf sehr tiefem Niveau stagnierte. Gleichzeitig war auch in der gemischtgeschlechtlichen Notschlafstelle Rosengartenstrasse die Nachfrage gesunken, weshalb der betriebsbereit eingerichtete Annex mit 16 Betten nicht mehr benötigt wurde.



Die Familienherbergen spielten eine grosse Rolle. (Bild: Samuel Wimmer)

Mehr Plätze in den Familienherbergen

Die Familienherbergen Rieterstrasse und Birmensdorferstrasse spielten in den vergangenen Jahren eine immer wichtigere Rolle bei der Unterbringung von obdachlosen Familien. Familienherbergen sind Kollektivunterkünfte, die auf die schnelle Aufnahme und eine kurzfristige Beherbergung angelegt sind. Im vergangenen Jahr fanden hier über 80 Familien Obdach und fachliche Unterstützung. Die BewohnerInnen hatten im Vergleich mit den Vorjahren allerdings mehr Mühe, eine Wohnung zu finden. Die Aufenthaltsdauer verlängerte sich, was zu Engpässen in den Wochen um die offiziellen Umzugstermine führte. Deshalb wurde entschieden, die Liegenschaft Meinrad-Lienert-Strasse 16 als Herberge zu nutzen. Das Haus verfügt über sechs Wohneinheiten, eine Gemeinschaftsküche sowie einen Aufenthaltsraum und nimmt alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern auf.

Neuausrichtung der Jobkarten-Angebote

Im April wurden die Jobkarten-Arbeitsplätze mit wenigen Ausnahmen in den Geschäftsbereich Sucht und Drogen integriert. Die Jobkarte ermöglicht Personen, die von der Stadt Zürich finanziell unterstützt werden, den Zugang zu niederschwelligem Arbeitsangeboten. Das Jobkarten-Angebot richtet sich an sozial desintegrierte Menschen, die zum Teil psychisch beeinträchtigt sind oder Suchtmittelprobleme haben. Primäres Ziel der Angebote ist die sinnstiftende Strukturierung des Tagesablaufs, nicht die Integration in den freien Arbeitsmarkt oder in einen Teillohnbetrieb. Die gesundheitliche und soziale Stabilisierung der Teilnehmenden ist ein zusätzliches Ziel. Entsprechend der Zielgruppe sind die Arbeitsangebote sehr heterogen: An vier verschiedenen Standorten gibt es stunden- bis tageweise Einsatzmöglichkeiten in der Hauswirtschaft (Wäscherei, Küche, Reinigung), im Handwerk (Wald, Bau) oder in der Produktion.

Züri Courage: Massnahme gegen Jugendgewalt im öffentlichen Raum

Seit November 2007 erprobt Sicherheit Intervention Prävention sip züri unter dem Titel «Züri Courage» die Möglichkeit, junge Leute an Wochenenden in Ausgevierteln auf ihr Trinkverhalten anzusprechen, und markiert an neuralgischen Orten Präsenz. Bei der Zielgruppe handelt es sich meistens um 16- bis 18-jährige Jugendliche, die sich an Wochenenden zwischen Hauptbahnhof und Zürich-West oder an den anderen angesagten Brennpunkten – dem Limmatplatz, der

Langstrasse, Zürich-Nord, dem Stadelhoferplatz und dem Seebecken – aufhalten. Die räumliche und zeitliche Ausweitung der sip-züri-Patrouillen hat zum Ziel, Gewaltausbrüche unter Jugendlichen zu verhindern und bei eskalierender Gewalt in Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei zu intervenieren. Die Patrouillenarbeit wird ergänzt mit gezielten Alkoholpräventionskampagnen. Ausserdem macht sip züri bei Bedarf Meldung an die Eltern, den Jugenddienst der Stadtpolizei oder die Vormundschaftsbehörde. Bei speziellen Anlässen wie z.B. während der Streetparade, einem Botellón oder der EURO 2008 wurde die Präsenz der Patrouillen entsprechend erhöht. Das im Rahmen des Legislaturschwerpunkts «Jugend in Zürich» erarbeitete Pilotprojekt ist bis Ende 2009 befristet.



Die Jobkarten-Angebote wurden neu ausgerichtet. (Bild: Brigitte Richi)

Sicherung der Betreuungsqualität in der Kinderbetreuung

Die Qualitätsentwicklung im Frühbereich wird immer wichtiger. Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung hat deshalb in den vergangenen Jahren verschiedene Verfahren zur Sicherung der pädagogischen Qualität in einzelnen Kindertagesstätten (Kitas) ausprobiert und sich auf ein einheitliches Verfahren geeinigt. Es sieht vor, dass ein Evaluationsteam den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rückmeldungen für konkrete Verbesserungen geben wird. Die Rückmeldungen werden gemeinsam in einem Massnahmenplan gebündelt, zeitgerecht umgesetzt und ein halbes Jahr später nachevaluiert. Diese Vorgehensweise ermöglicht eine konstante pädagogische Qualitätsentwicklung und setzt einen hohen Standard. Ab dem neuen Jahr werden alle städtischen Kitas nach diesem Verfahren evaluiert.

Unterstützung von privaten Kita-Trägerschaften

Der Geschäftsbereich Kinderbetreuung unterstützte die privaten Kita-Trägerschaften der Stadt Zürich bei der Umsetzung von neuen Modellen der Säuglings- und Kleinstkinderbetreuung mit Kurzberatungen, Informationsmodulen und Hospitationen. Im Mai wurden alle Kita-Trägerschaften über diese Angebote informiert. Grosses Interesse weckten vor allem die zwei Informationsmodule «Tandem-Kita» (neues Gruppenmodell) und «Pikler-Pädagogik», ein vielbeachteter und anerkannter Ansatz in der Säuglingsbetreuung, der durch die ungarische Kinderärztin Emmi Pikler begründet wurde. Sie fanden in den Kinderhäusern Entlisberg und Artergut statt und wurden seit Mai elfmal durchgeführt. Die Feedbacks der Teil-

nehmerInnen zeigten, dass die privaten Kitas die Angebote sehr schätzen. Zusätzlich entstand unter den TeilnehmerInnen und Teilnehmern ein reger Austausch, der die Vernetzung unter den Kitas förderte.



Die Qualitätsentwicklung im Frühbereich wird immer wichtiger. (Bild: Samuel Wimmer)

Angebotsanpassungen in der Arbeitsintegration

Der markante Rückgang der Zuweisungen in die Qualifikationsangebote, der bereits 2007 begonnen hatte, setzte sich 2008 fort. Demgegenüber verzeichneten die Teillohnbetriebe steigende Zuweisungen. Einzelne Teillohnbetriebe hatten Schwierigkeiten, die Kundenaufträge zu erfüllen, sodass sie neue Aufträge ablehnen mussten. Die Erfüllung des Arbeitsintegrationsauftrages war in den bestehenden kleinbetrieblichen Strukturen nicht mehr gewährleistet.

Im Sommer wurde deshalb entschieden, die betrieblichen Strukturen an den veränderten Bedarf anzupassen. 15 bestehende zielgruppenorientierte Betriebe wurden in drei



Zusammenschluss der Förder- und Vermittlungsangebote für die Klientinnen und Klienten. (Bild: Samuel Wimmer)

branchenorientierte Betriebe mit durchmischten Zielgruppen zusammengeführt: Gastronomie, Gewerbe und Industrie sowie Dienstleistung und Unterhalt. Vier Betriebe – Manufaktur Werkmal, Siebdruck, Näherei sowie Wald- und Naturpflege – wurden aufgehoben oder in bestehende Betriebe integriert. Grössere Betriebseinheiten sind besser in der Lage, Schwankungen bei der Zuweisung der verschiedenen Zielgruppen aufzufangen und gleichzeitig die marktkonforme Auftrags-erfüllung sicherzustellen.

Neu wurde ausserdem die betriebliche Arbeit mit der entsprechenden Anleitung und Fachbildung personell und strukturell von den Angeboten zur Personalförderung und -vermittlung getrennt. Die verschiedenen vorhandenen Angebote zur Personalförderung und Personalvermittlung wurden inhaltlich weiterentwickelt und zur Abteilung Dienstleistungen Arbeitsintegration zusammengeführt.

4.6.3 Spezifische Kennzahlen

Wohnen und Obdach

Plätze	Messgrösse	2004	2005	2006	2007	2008
Notschlafstellen	Bett	57	57	55	52	52
Begleitetes Wohnen	Einzelzimmer	352	329	328	332	341
Betreutes Wohnen	Bett	17	17	36	36	36
Familienherbergen	Bett	–	37	73	79	85
Übergangsheim Wohnwerkstatt	Einzelzimmer	24	24	24	24	24
Werk- und Wohnhaus zur Weid	Bett	55	55	55	55	55
Jugendwohngruppen	Einzelzimmer	45	48	48	48	51
Notwohnungen	Wohnung	201	223	241	250	285

Wohnen und Obdach

Aufenthaltstage/Übernachtungen	2004	2005	2006	2007	2008
Notschlafstellen	12 455	11 931	9 678	8 419	10 529
Begleitetes Wohnen	117 321	109 575	108 767	109 432	115 057
Betreutes Wohnen	4 988	4 887	5 040	10 376	9 696
Familienherbergen	–	5 044	10 013	14 003	19 015
Übergangsheim Wohnwerkstatt	8 444	8 149	7 887	7 531	8 248
Werk- und Wohnhaus zur Weid	19 563	19 572	20 003	19 336	19 740
Jugendwohngruppen	14 163	16 183	16 837	15 171	16 001
Notwohnungen	248 930	274 265	283 970	268 742	323 960

Sucht und Drogen

Plätze		2004	2005	2006	2007	2008
Kontakt- und Anlaufstellen	in Aufenthaltsräumen	199	124	124	124	124
	in Injektionsräumen	28	24	24	26	26
	in Rauchräumen	23	27	27	32	32
Treffpunkte city-t-alk		68	68	74	74	72
Frauenberatung Flora Dora	im Bus	7	7	7	7	7
Polikliniken Lifeline und Crossline	Diaphin- (Heroin-), Methadon- und Subutex-gestützte Behandlung	140	152	152	166	166

Sucht und Drogen

Gassenpräsenz	Messgrössen	2004	2005	2006	2007	2008
sip züri ¹	soziale Interventionen ²	1 358	6 228	4 986	8 987	12 754
	medizinische Interventionen ²	643	1 337	1 114	1 591	3 915
	ordnungsdienstliche Interventionen ²	4 772	6 366	5 410	7 282	6 638
	übrige Investitionen ²	1 890	5 392	4 892	5 135	5 519
	Zutrittskontrolle K&A	–	–	–	–	18 484
Jugendberatung Streetwork	Präsenzstunden Gasse	4 000	4 444	3 940	4 325	4 155
Frauenberatung Flora Dora	Präsenzstunden Gasse	925	1 020	1 130	1 140	1 011

Definitionen:

¹ Anstieg infolge Übernahme der Zutrittskontrolle zu den vier städtischen Kontakt- und Anlaufstellen und Aufgaben im Rahmen des Projektes Züri Courage

² Eine Intervention hat zum Ziel, die soziale Integration, den Gesundheitszustand oder die subjektive Sicherheit zu erhalten bzw. zu verbessern.

Kinderbetreuung

Plätze		2004	2005	2006	2007	2008
Verbund Artergut ¹		78	78	78	78	79
Verbund Entlisberg ²		152	156	162	162	114
Verbund Schwamendingen ³		76	76	76	76	71

Definitionen:

¹ umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätte In Böden, Frankengasse und Käferhaus

² umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätte Paradies, Selnau und Hort Selnau

³ umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätte Herbstweg und Mattenhof

Kinderbetreuung

Betreute Kinder	2004	2005	2006	2007	2008
Verbund Artergut ¹	186	181	194	178	170
Verbund Entlisberg ²	353	274	263	264	300
Verbund Schwamendingen ³	147	138	142	141	152

Definitionen:

¹ umfasst Kinderhaus Artergut, Kindertagesstätte In Böden, Frankengasse und Käferhaus

² umfasst Kinderhaus Entlisberg, Kindertagesstätte Paradies, Selnau und Hort Selnau

³ umfasst Kinderhaus Schwamendingen, Kindertagesstätte Herbstweg und Mattenhof

Arbeitsintegration

Plätze	2004	2005	2006	2007	2008
Basisbeschäftigung	–	–	10	95	178
Teillohnbetriebe	–	–	116	337	414
Qualifikationsbetriebe	397	387	277	174	107
Gemeinnützige Arbeit	–	–	–	114	148
Regelmässige Beschäftigung ¹	152	176	181	–	–
Tage- und stundenweise Beschäftigung	302	297	119	119	93
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	77	83	96	97	98
Berufliches Trainingszentrum	63	69	74	76	76

Definitionen:

¹ Umwandlung in Teillohnbetrieb, Basisbeschäftigung und gemeinnützige Arbeit

Arbeitsintegration

Teilnehmende	2004	2005	2006	2007	2008
Basisbeschäftigung	–	–	128	1135	2139
Teillohnbetriebe	–	–	294	537	743
Qualifikationsbetriebe	1008	1068	869	475	540
Gemeinnützige Arbeit	–	–	–	188	295
Regelmässige Beschäftigung ¹	286	347	346	–	–
Tage- und stundenweise Beschäftigung	560	611	705	630	583
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	200	201	253	249	274
Berufliches Trainingszentrum	76	81	149	159	149

Definitionen:

¹ Umwandlung in Teillohnbetrieb, Basisbeschäftigung und gemeinnützige Arbeit

Arbeitsintegration

Vermittlungserfolge ¹	2004	2005	2006	2007	2008
Basisbeschäftigung	–	–	12	11	15
Teillohnbetriebe	–	–	35	23	26
Qualifikationsbetriebe	31	35	37	48	50
Gemeinnützige Arbeit	–	–	–	32	27
Regelmässige Beschäftigung ²	8	11	11	–	–
Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene	68	58	51	62	51

Definitionen:

¹ in Prozent der ausgetretenen Teilnehmenden

² Umwandlung in Teillohnbetrieb, Basisbeschäftigung und gemeinnützige Arbeit

5. Parlamentarische Vorstösse

I. Unerledigte Initiativen

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2008)

Volks- und Einzelinitiativen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

EIS = Einzelinitiative Stimmbürger (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)
EIR = Einzelinitiative Ratsmitglied (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)
VI = Volksinitiative (Erledigungsfrist 1½ Jahre mit ½ Jahr Verlängerung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
VI 2006/000833 2008/000273	26.02.2007 18.06.2008	Initiativkomitee Mauro Tuena, Zürich Stopp dem asozialen Sozialhilfemissbrauch!

Die Stadt Zürich schafft eine vom Sozialdepartement unabhängige Stelle zur Bekämpfung des Missbrauchs beim Bezug von Sozialhilfe, Ergänzungs- und anderen Unterstützungsleistungen der öffentlichen Hand. Die dafür erforderlichen Mittel werden vom Gemeinderat jeweils mit dem Voranschlag festgesetzt.

Der Stadtrat hat mit Weisung 259 vom 18. Juni 2008 dem Gemeinderat beantragt, die Volksinitiative abzulehnen. Der Gemeinderat hat am 17. Dezember 2008 beschlossen, diesem Antrag des Stadtrates zu folgen. Gleichzeitig hat er aber dem untenstehend aufgeführten Gegenvorschlag der Mehrheit der Spezialkommission für das Sozialdepartement zugestimmt und den Stadtrat beauftragt, dazu eine Umsetzungsvorlage auszuarbeiten. Gegenvorschlag des Gemeinderates: «Die Stadt Zürich bekämpft konsequent den Missbrauch im Sozialwesen und führt ein Inspektorat, das in der Gemeindeordnung verankert werden soll. Die Sozialbehörde soll über den Einsatz des Inspektorats für Ermittlungen bei Verdacht auf missbräuchlichen Leistungsbezug entscheiden.»

II. Unerledigte Motionen und Postulate

Verzeichnis (Stand 31. Dezember 2008)

Motionen und Postulate, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Prüfung und Antragstellung überwiesen wurden und noch unerledigt sind.

MOT = Motion (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)

POS = Postulat (Erledigungsfrist 2 Jahre nach Überweisung)

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	25.08.1999	Bögler Heinz und Dettli Reto
2001/002256	21.11.2001	Industriequartier, Bau eines Quartierzentrums
2001/000595		

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage für den Bau eines Quartierzentrums im Industriequartier zu unterbreiten.

Der Stadtrat plant, auf dem Areal «Schütze» im Industriequartier ein neues Schulhaus mit integriertem Quartierzentrum zu erstellen, das den Anliegen des Postulats Rechnung tragen soll. Im Rahmen der gesamtstädtischen Investitionsplanung wird der Stadtrat die Planung des Projekts allerdings bis auf Weiteres zurückstellen.

Zur Überbrückung beabsichtigt das Sozialdepartement, im laufenden Jahr mit der Bevölkerung eine aktivierende Bedarfserhebung in Zürich West zu machen. Sollte sich ein konkreter Bedarf erhärten, wird anschliessend die Realisierung von punktuellen Angeboten wie z.B. einer mobilen Spielanimation geprüft.

MOT	21.03.2001	Fraktion Sozialdemokratische Partei
2001/000625	22.05.2002	Kinderbetreuungsplätze, Schaffung zusätzlicher Angebote
2001/000164		

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung zu unterbreiten, damit 800 zusätzliche familienergänzende Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter geschaffen werden können. Damit soll der nach wie vor grosse Nachfrageüberhang gedeckt werden.

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit Weisung 318 vom 29. Oktober 2008 («Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter, Übergangslösung 2008, Erhöhung des Rahmenkredites», GR Nr. 2008/487) beantragt, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

POS	24.03.2004	Brändle Galliker Anna
2004/000574	02.06.2004	Jugendarbeitslosigkeit, Massnahmenpaket zur Senkung
2004/000153		

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie mit einem geeigneten Massnahmenpaket die erschreckend hohe Zahl der erwerbslosen Jugendlichen gesenkt werden kann. Dies soll durch eine Intensivierung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes und eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem städtischen Gewerbe und mit den in Zürich angesiedelten Grossfirmen sowie eine Erhöhung des städtischen Lehrstellenangebots erreicht werden.

Auch wenn sich die Lage auf dem Lehrstellenmarkt weiter leicht entspannt hat, wurden die Arbeiten in den im Geschäftsbericht 2007 genannten Aktivitätsfeldern abermals fortgesetzt und zusätzlich intensiviert, dies insbesondere im Bereich der zweijährigen Grundbildung. Dem Gemeinderat wird 2009 ein abschliessender Bericht zum Thema vorgelegt.

POS	30.03.2005	Kunz Hanspeter und Danner Ernst
2005/000409	20.09.2006	Jugendarbeitslosigkeit und Jugendgewalt, Bekämpfung durch Ausbildungsverbände
2005/000118		

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie durch private Ausbildungsverbände die Zahl der Lehrstellen in der Stadt Zürich erhöht und damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Jugendgewalt geleistet werden kann.

Die Stadt Zürich hat bereits im Jahr 1999 den «Verein Berufslehr-Verband Zürich» (BVZ) gegründet und diesen in den letzten Jahren systematisch ausgebaut. Seit November 2006 ist der BVZ eine Stiftung im Sinne von Art. 80 ff. ZGB, bei der die Stadt Zürich Mitstifterin ist. Im Schuljahr 2008/2009 sind folgende Lernende im BVZ unter einem Lehrvertrag:

– Fachfrau/Fachmann Betreuung	59 Personen
– Kaufleute (verschiedene Profile)	59 Personen
– Elektropraktiker/Innen	24 Personen
– Fachpersonen Betriebsunterhalt	18 Personen
– 2-jährige Grundbildung Berufsattest	11 Personen
– Informatiker/Innen	11 Personen
– Insgesamt	182 Personen

Der BVZ hat sich seit seiner Gründung für die Lehrstellenförderung im Sinne der Postulanten eingesetzt. Diese Unterstützung wurde schrittweise verstärkt, denn ohne intensives Engagement wäre es nicht möglich gewesen, die Anzahl Lernender auf 182 zu erhöhen. Ein weiteres Wachstum ist vorgesehen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/000410 2005/000120	30.03.2005 20.09.2006	Kunz Hanspeter und Danner Ernst Lehrstellenproblematik, Sensibilisierung für das duale Bildungssystem bei internationalen Unternehmen und ausländischen Selbstständigerwerbenden

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie ohne Stellenvermehrung in der städtischen Verwaltung internationale Unternehmungen und ausländische Selbstständigerwerbende in der Stadt Zürich über das duale Bildungssystem informiert und entsprechend für die Lehrstellenproblematik sensibilisiert werden können.

Die im Laufbahncentrum angesiedelte Lehrstellenakquisition ist seit Jahren darum bemüht, unser Berufsbildungssystem den Unternehmen bekannt zu machen. Seit einigen Jahren werden diese Bemühungen ausgebaut durch über Bundesgelder finanzierte Aktionen von «Mehr Lehrstellen», die der Verein Lehrstellenforum der Stadt Zürich zusammen mit dem Laufbahncentrum durchführt. Vor zwei Jahren wurden – ganz im Sinne der Postulanten – die 100 grössten Lehrstellenanbieter der Stadt Zürich persönlich besucht und ihnen, wo dies nötig war, das duale Berufsbildungssystem eingehend erläutert. Zahlreiche Grossveranstaltungen, zuerst im Musiksaal des Stadthauses, dann wegen Grossandrangs im Volkshaus und im Technopark, waren Themen gewidmet, die den Firmen das duale System näherbringen sollten. Diese Veranstaltungen wurden im Durchschnitt vom über 200 Personen aus Klein-, Mittel- und Grossbetrieben besucht. Auch bei den vom Stadtrat durchgeführten Kontaktgesprächen mit der Wirtschaft wird das Thema duales Bildungssystem und Lehrstellen permanent zur Sprache gebracht.

POS 2005/000547 2005/000165	20.04.2005 22.06.2005	Brändle Galliker Anna und Lauber Gerold Suchtprävention, Verstärkung bei besonders gefährdeten Jugendlichen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat von Zürich wird gebeten, zu prüfen, wie die Suchtprävention bei besonders gefährdeten Jugendlichen verstärkt werden kann.

Im Geschäftsbericht 2006 wurden sieben Massnahmen aufgeführt, die zur Umsetzung dieses Postulates sowohl im Schul- und Sportdepartement als auch im Sozialdepartement ergriffen worden sind:

- Elternabende zur Früherkennung und Frühintervention
- Präventionskampagnen für Eltern mit Migrationshintergrund
- Kurse für unter Alkohol- oder Drogeneinfluss delinquente Jugendliche
- Kurse für Eltern von Cannabis konsumierenden Jugendlichen
- Verstärkung der Aufsuchenden Jugendberater an Brennpunkten
- Suchtpräventionskurse an Schulen
- Eröffnung des Drogeninformationszentrums DIZ

Diese Massnahmen wurden seither weitergeführt. Zusätzlich setzt sich sip züri seit Ende 2007 im Rahmen der Task-Force Jugendgewalt einen Auftrag für die Zielgruppe der Jugendlichen um. Arbeitsschwerpunkte sind dabei Interventionen gegen Gewalt und Suchtmittelmissbrauch. Für die Durchführung dieser Interventionen bei Jugendlichen wurden vom Stadtrat im Berichtsjahr für sip züri zehn Stellenwerte geschaffen, die bis Ende 2009 befristet sind. Für die definitive Einführung wird der Stadtrat dem Gemeinderat im Laufe des Jahres 2009 eine Weisung vorlegen.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2005/001428 2005/000485	23.11.2005 16.12.2005	Recher Anja Soziale Dienste, Anstellung von Fachpersonen für Mietverträge

Der Stadtrat wird ersucht, zu prüfen, verstärkt die Mietverträge der KlientInnen der Sozialhilfe auf mietrechtlich ausgewiesene Reduktionsmöglichkeiten zu überprüfen.

Wie bereits im Geschäftsbericht 2007 ausgeführt, wäre eine umfassende und systematische Überprüfung aller Mietverträge mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden und hätte angesichts der materiellen wie prozessualen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung nicht die erhoffte Wirkung. Zudem werden die Mietverträge jeweils im Rahmen der Fallführung geprüft.

Mietrechtlich stehen der Mieterschaft die folgenden Behelfe zur Reduktion überhöhter Mietzinse zur Verfügung:

- Gestützt auf Art. 270 OR kann ein Mieter den Anfangsmietzins innert 30 Tagen nach Übernahme der Mietsache bei der Schlichtungsbehörde als missbräuchlich im Sinne der Art. 269 und 269a OR anfechten und dessen Herabsetzung verlangen, wenn er sich wegen einer persönlichen oder familiären Notlage oder wegen der Verhältnisse auf dem örtlichen Markt für Wohn- und Geschäftsräume zum Vertragsabschluss gezwungen sah oder der Vermieter den Anfangsmietzins gegenüber dem früheren Mietzins erheblich erhöht hat. Der Vermieter kann sich auf die angeblich zu geringe oder fehlende Rendite oder die Orts- und Quartierüblichkeit berufen. Die Vermieter berufen sich im Allgemeinen auf die Orts- und Quartierüblichkeit, weil sie die zu geringe oder fehlende Rendite nachweisen müssten (Art. 274d OR). Der Nachweis, dass der Mietzins das orts- und quartierübliche Niveau übersteigt, obliegt hingegen dem Mieter. Das Bundesgericht fordert für diesen Nachweis die Nennung von rund fünf Vergleichsobjekten in Bezug auf Lage, Grösse, Ausstattung, Zustand und Bauperiode. Dieser Nachweis kann in der Regel nicht erbracht werden. Somit taugt die Anfechtung des Anfangsmietzins nicht.
- Ändern sich die Berechnungsgrundlagen bei bestehenden Mietverhältnissen gegenüber der letzten Mietzinsfestlegung wesentlich, vor allem wegen einer Kostensenkung, so dass der Vermieter einen nach den Art. 269 und 269a OR übersetzten Ertrag erzielt, kann die Mieterschaft den Mietzins als missbräuchlich anfechten und die Herabsetzung verlangen. Als Kostenfaktor, der sich für den Vermieter ermässigen kann, kommt hauptsächlich der Hypothekarzins in Frage. Reduziert sich dieser, so kann der Vermieter die Herabsetzungsgründe nach der sog. relativen Methode mit den in Art. 269a lit. b und e genannten Anpassungskriterien (Kostensteigerungen, Mehrleistungen und Teuerungsausgleich auf dem risikotragenden Kapital) verrechnen.

Der für die Mietzinsberechnung massgebende Hypothekarzins war bis 31.8.2008 der Zinssatz der ZKB für variable Hypotheken im ersten Rang für Wohnbauten. Dieser wurde letztmals per 1.10.2005 von 3¼ auf 3,0 Prozent gesenkt. Seither erhöhte er sich wieder auf 3½ Prozent. Seit 1.9.2008 ist statt des Hypothekarzins der ZKB der vom eidg. Volkswirtschaftsdepartement bekannt gegebene Referenzzinssatz für die Mietzinsgestaltung massgebend. Er wurde am 9. September 2008 erstmals auf 3½ Prozent festgesetzt. Da er nur vierteljährlich erhoben wird, reagiert er noch träger auf die Zinsentwicklung als der bisherige Hypothekarzins der ZKB. Das im Zuge der Finanzkrise stark gefallene Zinsniveau wird sich somit frühestens bei der nächsten Referenzzins-Festsetzung im März 2009 bemerkbar machen und sich auf die Mietzinsgestaltung frühestens auf den darauf folgenden nächsten ortsüblichen Kündigungstermin vom 30.9.2009 auswirken.

Daraus folgt, dass es seit 2005 keine Gründe für Mietzinsreduktionen bei bestehenden Mietverhältnissen nach der relativen Methode mehr gibt. Möglichkeiten zur Reduktion von überhöhten Mietzinsen werden weiterhin geprüft.

POS 2005/001481 2005/000511	30.11.2005 05.12.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Drogenpolitik, abstinenzorientierte Botschaft
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie kurzfristig durch eine klare Botschaft für eine Drogenpolitik, die besonders auch die Drogenabstinenz zum Ziel hat, auf die Gefährlichkeit von harten Drogen wie z.B. Kokain, hingewiesen werden kann. Durch gezielte Prävention in Schulen, aber auch zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen in Unternehmungen muss diese Botschaft verbreitet werden.

MOT 2006/000507 2006/000158	08.05.2006 21.06.2006	AL-Fraktion Soziale Dienste, Erhöhung des Stellennetzes
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine kreditschaffende Weisung zur Erhöhung des Stellennetzes bei den Sozialen Diensten vorzulegen, mit der bis Ende 2006 sichergestellt wird, dass die Zahl der in den Quartierteams betreuten Fälle im Jahresmittel 100 pro Vollzeit arbeitenden Mitarbeitenden nicht mehr überschreitet.

Der Stadtrat bewilligte mit Beschluss vom 16. April 2008 dringlich 22 Stellen Soziale Arbeit per Juli bzw. September 2008. Im Weiteren hat der Gemeinderat im Rahmen der Zusatzkredite 20 weitere Stellen Soziale Arbeit per Dezember 2008 beschlossen. Mit den insgesamt 42 zusätzlichen Stellen Soziale Arbeit soll die Anzahl Fälle je SozialarbeiterIn auf durchschnittlich 100 gesenkt werden. Dies ermöglicht eine aktivere Fallarbeit, das heisst u. a. mehr Kontakte und Auseinandersetzungen mit den Klientinnen und Klienten. SozialarbeiterInnen können dadurch ihre Aufgaben in allen Bereichen (Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe und vormundschaftliche Mandate) wieder auf professionellere Art und Weise wahrnehmen. Prävention und angemessene Intervention gerade auch im Bereich des Kinderschutzes sind damit gewährleistet.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/000582 2006/000205	31.05.2006 22.10.2008	Gut Susi und Schwyn Markus Sozialhilfe, Direktüberweisung von Mieten und Krankenkassenprämien

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie künftig bei Sozialhilfeempfängern, welche die Miete oder die Krankenkassenprämie wiederholt nicht bezahlen, diese jeweils direkt vom Sozialamt dem Vermieter beziehungsweise der Krankenkasse überwiesen werden kann. Rückvergütungen der Krankenkasse sollen an das Sozialamt erfolgen, um die Forderungen der Leistungserbringer zu befriedigen.

Um die Selbständigkeit der Klientinnen und Klienten zu erhalten und zu fördern, wird grundsätzlich erwartet, dass diese ihre Rechnungen selbst bezahlen, was in der Regel auch funktioniert. Die Bezahlung wird zudem überprüft. Eine Direktzahlung der Miete oder der Krankenkassenprämien wird vorgenommen, wenn der Klient aufgrund der Einschätzung des Fallführenden nicht in der Lage ist (z. B. aufgrund von Verwahrlosung), seinen Verpflichtungen selbständig nachzukommen, und es keine andere Möglichkeit gibt, die Zahlungsdisziplin zu überwachen.

POS 2006/001301 2006/000523	22.11.2006 06.12.2006	FDP-Fraktion Schulsozialarbeit, Bericht
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, in einem Bericht zu prüfen, wie wirkungsvoll heute die Schulsozialarbeit in den verschiedenen Schulkreisen eingesetzt wird. Die bisherige Arbeit soll im Bericht gewürdigt werden. Ebenso ist in einem Ausblick darzustellen, ob und in welchem Masse eine Stellenvermehrung präventiv gegen Jugendgewalt und Kriminalität wirken kann.

Zur Schulsozialarbeit wurde bei der Fachhochschule Zürich ein Evaluationsbericht in Auftrag gegeben. Dieser liegt nun vor. Auf Basis dieses Berichtes wird das Postulat im Laufe 2009 beantwortet.

POS 2007/000355 2007/000168	28.03.2007 05.11.2008	Danner Ernst und Meier Daniel Integration von Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen, Kursangebot
-----------------------------------	--------------------------	---

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie er, evtl. auch in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern, ein kostengünstiges Angebot an Kursen, welche die Integration und dem Umgang mit Kleinkindern aus fremdländischen Kulturen vermitteln, schaffen kann.

POS 2007/000399 2007/000183	11.04.2007 30.05.2007	Wylar Rebekka und Pauli Pascal Kinderbetreuung, Ausbau niederschwelliger Angebote
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie die niederschwelligen Angebote mit kurzfristigen Betreuungsmöglichkeiten ausgebaut werden können. Die Angebote sind im Sinne einer Spiel- und Gemeinschaftspädagogik auszugestalten und haben einen Beitrag im Integrationsbereich zu leisten. Dabei ist die Verknüpfung mit den Kindertagesstätten, den Eltern- und Kinderzentren sowie den vom Sozialdepartement geplanten oder bereits vorhandenen «lebensraumnahen Anlaufstellen» sicherzustellen.

POS 2007/000400 2007/000184	11.04.2007 30.05.2007	Savarioud Marcel und Widler Josef Kinderbetreuung, Schaffung zusätzlicher Krippenplätze
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie zusätzlich in mit Krippen unterversorgten Quartieren neue, vor allem neue private subventionierte Plätze geschaffen werden können. Es sollen Anreize dafür gesetzt werden, dass vermehrt subventionierte Plätze angeboten werden.

POS 2007/000489 2007/000241	09.05.2007 05.11.2008	Katumba Andrew und Barzotto Myriam Krippen und Horte, Verlängerung der abendlichen Öffnungszeiten
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie einzelne Krippen und Horte in der Stadt Zürich abends länger geöffnet bleiben können, so dass die Kinderbetreuung auch für Eltern, die am Abend länger arbeiten, gewährleistet werden kann.

POS 2007/000684 2007/000363	20.06.2007 22.10.2008	Leiser Albert und Schlatter Hedy Sozialhilfe, Vermeidung der Zweckentfremdung von Beiträgen
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, mit welchen saldoneutralen Massnahmen bei der Fallführung der Sozialhilfe vermieden werden kann, dass die für die Bezahlung der Miete oder Krankenkassenprämien vorgesehenen Beträge durch Sozialhilfebezügler zweckfremd verwendet werden.

Hinweise von Vermietern und Krankenkassen bezüglich ausstehender Mieten oder Prämien werden von den fallführenden Sozialarbeiterinnen und -arbeitern ernst genommen, und entsprechend wird in solchen Fällen eine Direktzahlung geprüft. Grundsätzlich wird aber, um die Selbständigkeit zu erhalten und zu fördern, erwartet, dass die Klienten ihren Zahlungsverpflichtungen selbständig nachkommen, was in der Regel auch geschieht (siehe auch Ausführungen zu Postulat GR Nr. 2006/205).

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000359 2008/000164	24.10.2007 02.04.2008	EVP-Fraktion und CVP-Fraktion Stiftung Berufslehrverbund, Lehre als Fachfrau/Fachmann Kinderbetreuung
<i>Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Kredit schaffende Weisung zu unterbreiten, die im Rahmen der Stiftung Berufslehrverbund des Laufbahnzentrums die Möglichkeit für eine Lehre Fachfrau/Fachmann Betreuung Fachrichtung Kinderbetreuung schafft.</i>		
POS 2007/001257 2007/000629	29.11.2007 14.12.2007	Spieler Frauenfelder Marianne Oberstufe der Volksschule, Anschlussangebote
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie ein wirksames «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden kann. Dazu sind namentlich die folgenden Massnahmen zu berücksichtigen:</i>		
<ol style="list-style-type: none"> 1. In den Oberstufen-Schulhäusern werden ergänzend zur Schulsozialarbeit zusätzliche Stellenprocente für ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingesetzt. Am Ende der Schulpflicht erstattet diese Stelle der Kreisschulpflege und dem Team Coaching 16:25 der Sozialen Dienste für jede Schülerin und jeden Schüler Bericht über die gesicherte Nachfolgelösung. Das «Schul-Anschluss-Coaching» ist analog der Schulsozialarbeit einem Departement anzugliedern. 2. Bei den Brückenangeboten muss ebenfalls ein «Schul-Anschluss-Coaching» eingerichtet werden. Beim Ausschluss bzw. Abbruch des Brückenangebotes erstattet diese Stelle Bericht an die Kreisschulpflege und an das Team Coaching 16:25. 3. Ein Ausschluss oder Abbruch der Lehrstelle muss durch das Amt für Berufsbildung ebenfalls an Team Coaching 16:25 gemeldet werden. 		
POS 2008/000016 2008/000005	09.01.2008 04.06.2008	Bartholdi Roger und Sidler Bruno Sozialhilfe, Überprüfung von Abwesenheiten unterstützter Personen
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie in der Sozialhilfe geplante längere Abwesenheiten der Klienten, insbesondere Auslandsaufenthalte, vor Antritt gemeldet und bewilligt werden müssen. Diese sind ins Dossier der Klienten einzutragen. Bei Reisen ist die Finanzierung vom Klienten zu belegen und vom Mitarbeiter der Sozialhilfe zu überprüfen.</i>		
POS 2008/000040 2008/000013	16.01.2008 04.06.2008	AL-Fraktion Sozialhilfe, Schaffung zusätzlicher Stellen für Sozialarbeitende
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob mit der ersten Serie der Zusatzkredite 2008 die Erhöhung der Zahl der in den Quartierteams angestellten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beantragt werden soll, damit die Fallzahl pro Sozialarbeiterin und Sozialarbeiter in den Quartierteams bis Ende 2008 deutlich reduzieren werden kann.</i>		
<i>Wie bereits in der Antwort auf die Motion GR Nr. 2006/158 «Soziale Dienste, Erhöhung des Stellennetzes» erläutert, bewilligte der Stadtrat dringlich 22 Stellen Soziale Arbeit per Juli bzw. September 2008. Des Weiteren hat der Gemeinderat im Rahmen der Zusatzkredite 20 zusätzliche Stellen Soziale Arbeit per Dezember 2008 bewilligt. Damit kann die durchschnittliche Anzahl Dossiers pro SozialarbeiterIn von über 130 auf rund 100 gesenkt werden.</i>		
POS 2008/000045 2008/000018	16.01.2008 02.04.2008	Geschäftsprüfungskommission Sozialbehörde, umfassende Reform
<i>Der Stadtrat wird gebeten, eine umfassende Reform der Sozialbehörde einzuleiten. Dabei soll der Bericht der GPK zur Sozialhilfe vom 13. Dezember 2007 als Richtschnur verwendet werden. Im für Anfang 2009 zugesagten Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der GPK ist der Stand der Reformbemühungen darzulegen.</i>		
POS 2008/000047 2008/000020	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie die Kontakte von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zu ihren Klienten mindestens quartalsweise stattfinden können und die Situation überprüft wird.</i>		
POS 2008/000048 2008/000021	16.01.2008 04.06.2008	Rabelbauer Richard und Widler Josef SKOS, Anpassung der Richtlinien
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, im Rahmen seiner Mitarbeit innerhalb der SKOS darauf hinzuwirken, die Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe noch stärker auf den Aspekt auszurichten, dass sich Erwerbsarbeit – in Bezug auf ein in der Wirtschaft bei ähnlichen Voraussetzungen übliches Lohnniveau, unter Berücksichtigung des insgesamt verbleibenden verfügbaren Einkommens – im Vergleich zur Höhe der Sozialhilfeleistungen lohnt.</i>		

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2008/000050 2008/000023	16.01.2008 04.06.2008	Bartholdi Roger und Nikles Hans Sozialhilfe, Arbeitseinsätze für die Klientel
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie arbeitsfähige Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe zu einem Arbeitseinsatz in Form von Arbeit für die Öffentlichkeit (beispielsweise im Wald oder in einem Park) eingesetzt werden können.</i>		
POS 2008/000522 2008/000222	21.05.2008 09.07.2008	Apafi Lukas und Tognella Roger Soziale Dienste, Befristung zusätzlicher Stellen
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie die im Zusammenhang mit der Medienmitteilung vom 9. Mai 2008 kommunizierten 22 dringlichen und 27 zusätzlichen Stellen der Sozialen Dienste (SOD) im Rahmen einer mindestens alle zwei Jahre stattfindenden Bedarfsanalyse des Stellenplanes überprüft werden können. Dabei soll analysiert werden, ob die Prognose über die zu erwartende Fallbelastung eine Anpassung nach unten oder oben rechtfertigt.</i>		
POS 2008/000576 2008/000258	04.06.2008 10.09.2008	Meuli Myrtha und Danner Ernst Kinderschutzmassnahmen, Anpassung der Personalressourcen
<i>Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie die Personalressourcen für die Umsetzung von Kinderschutzmassnahmen dem Bedarf angepasst und die Dauer für die Abklärung der Platzierungen verkürzt werden können.</i>		

III. Abschreibungsanträge für Motionen und Postulate

Motionen und Postulate, für die der Stadtrat dem Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung stellt.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS	28.04.2006	FDP-Fraktion
2006/000466	21.06.2006	Pflegekindervermittlung, Qualitätssicherung
2006/000131		

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen,

- wie eine den hohen Ansprüchen für Kinderbetreuung entsprechende Qualifikation – und deren regelmässige Überprüfung – von Personen und Institutionen sichergestellt werden kann, die in der privaten Vermittlung von Pflegekindern tätig sind, einschliesslich der sogenannten Time-out-Platzierungen; diese Massnahme ist so lange zu führen, bis der Kanton diese Aufgabe übernimmt;
- wie die von privaten Vermittlern bzw. Institutionen getroffenen Massnahmen für die Betreuung der platzierten Pflegekinder regelmässig überprüft werden können.

Wie im Geschäftsbericht 2007 bereits ausgeführt, wurden in Vorbereitung auf die Erstverhandlungen mit Time-out-Platzierungsorganisationen im Jahr 2007 Qualitätsanforderungen festgelegt. Mit den Organisationen, die diese Anforderungen erfüllten, wurden Rahmenverträge geschlossen.

Die langfristigen Platzierungen von Kindern und Jugendlichen via Familienplatzierungsorganisationen wurden 2008 verbindlich geregelt und Rahmenverträge mit drei geeigneten Organisationen abgeschlossen. Die Prinzipien und Qualitätsanforderungen an die Organisationen wurden auch unter Berücksichtigung der internationalen Standards Quality4children und der Integras entwickelt.

Folgende Qualitätsüberprüfungen haben im Berichtsjahr stattgefunden: Erfassen und Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben aufgrund der Reportingzahlen, Stichproben und Besuche durch die Fachstelle Pflegekinder bei verschiedenen Pflegefamilien mit ausführlichen Berichten, Auswertung der Evaluationsfragebögen 2007, die von den Fallführenden eingereicht worden sind. Die Resultate dieser Überprüfungen sind zufriedenstellend und sind in die überarbeiteten Qualitätsanforderungen und Neuverhandlungen eingeflossen.

Ab 2009 werden die Time-out-Platzierungsorganisationen in die Liste der Familienplatzierungsorganisationen integriert und die Prozesse vereinheitlicht. Aus fachlicher Sicht sind die Qualitätsanforderungen für alle Platzierungen gleich hoch, unabhängig davon, ob es sich um kurzfristige oder längerfristige Platzierungen handelt. Die Unterschiede bestehen lediglich im Leistungsangebot, das im Rahmenvertrag verbindlich festgehalten wird.

Die Bewilligungspflicht und die Aufsicht der Familienplatzierungsorganisationen durch den Kanton sind in Vernehmlassung. Bis zur Einführung dürfte aber noch einige Zeit vergehen. Ausserdem ist zu beachten, dass diese Bewilligungspflicht nur für den Kanton Zürich gilt. Zurzeit wären nur drei Familienplatzierungsorganisationen davon betroffen, die restlichen haben ihren Sitz nicht im Kanton Zürich. Die Qualitätsüberprüfung durch die Stadt Zürich wird daher auf unabsehbare Zeit notwendig bleiben.

In diesem Sinne wird die Abschreibung des Postulats beantragt.

POS	20.09.2006	Meuli Myrtha und Widler Josef
2006/001036	08.11.2006	Ferienangebote in der Stadt Zürich, Ausweitung
2006/000395		

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie die Ferienangebote in der Stadt Zürich auf mehrtägige bis mehrwöchige Angebote ausgeweitet und einer weiteren Gruppe von Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle und günstige Feriengestaltung ermöglicht werden kann.

Seit 2005 wurden die Ferienangebote in der Soziokultur im Rahmen der Zielsetzung des Sozialdepartements, dass Anbieter in der Soziokultur zusätzliche 10 Prozent ihrer Mittel in Angebote für Kinder investieren müssen, stark ausgebaut. Während 2005 noch 87 Angebote realisiert wurden, waren es 2008 bereits 146.

Gemeinschaftszentren, Quartier-, aber auch Jugendtreffpunkte bieten seither während aller Schulferien ausser den Weihnachtsferien noch mehr vielfältige kreative, «sportliche» und lehrreiche Angebote für jede Altersgruppe an. Darunter sind über 90 Prozent mehrtägige, die vor allem während der Frühlings- und Herbstferien sehr gut genutzt werden. In Ergänzung dazu bieten der von der Stiftung pro juventute getragene Ferienpass, der die Akquisition von Ferienangeboten und deren Vermittlung betreibt, sowie das Schul- und Sportdepartement mit seinen Ferienkursen eine grosse Anzahl an mehrtägigen Ferienangeboten an.

Der Bedarf an mehrtägigen Ferienangeboten ist deshalb abgedeckt.

Für mehrwöchige Angebote in Zürich besteht in dieser Form nach Aussage der Anbieter kein Bedarf. Sowohl Eltern als auch Kinder legen sich heute in aller Regel nicht gerne länger auf das Gleiche fest. Das zeigt sich sogar bei mehrtägigen Ferienangeboten, bei denen Kinder manchmal am zweiten oder dritten Tag wegbleiben, weil sich für sie kurzfristig ein attraktiveres Programm ergeben hat, das häufig die Eltern organisiert haben.

Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben.

Gruppe SR-G-Nr. GR-G-Nr.	Einreichung Überweisung	Name Ratsmitglied/Kommission Geschäftsbezeichnung
POS 2006/001294 2006/000516	22.11.2006 29.11.2006	Mauch Corine und Glättli Balthasar Zürich-Jobs, Vorlage sämtlicher Angebote an die Tripartite Kommission

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie sichergestellt werden kann,

- dass sämtliche mit Unterstützung der neu zu gründenden Stiftung Zürich-Jobs zu realisierenden oder substantiell zu erweiternden Projekte und Arbeitsangebote zur Arbeitsintegration vorgängig der Tripartiten Kommission vorgelegt werden,*
- dem Gemeinderat jährlich Bericht erstattet wird über die Entwicklung und die Aktivitäten der Stiftung (Unterstützungsaktivitäten zur Förderung der Arbeitsintegration, gesprochene Beiträge und Sicherheiten, finanzielle Zuwendungen, finanzielle Situation, erreichte Ziele, Organisation der Stiftung usw.) und*
- jegliche künftige Erhöhung der städtischen Beteiligung dem Gemeinderat entweder mit einer Weisung oder im Rahmen des Voranschlags oder der Zusatzkredite zur Kenntnis und Genehmigung unterbreitet wird.*

Sämtliche neuen Aufträge oder Erweiterungen bestehender städtischer oder privater Arbeitsintegrationsangebote mit einem Volumen über Fr. 20000.– werden der Tripartiten Kommission zur Arbeitsintegration im Sozialdepartement zur Beurteilung vorgelegt. Im Geschäftsbericht des Sozialdepartements werden die Aktivitäten der Stiftung Zürich-Jobs zusammengefasst, die Stiftung selbst legt ausführlich Rechenschaft ab. Die Stiftung gewährt weiterhin strikt nur Einmalbeiträge, Starthilfen und Darlehen an Arbeitsintegrationsprojekte, finanziert aber nicht den laufenden Betrieb. Die finanzielle Situation der Stiftung ist nach wie vor gut, eine Aufstockung der Mittel ist nicht vorgesehen. Sollte in Zukunft eine Mittelaufstockung notwendig sein, wird dem Parlament im Rahmen der gültigen Kompetenzordnung eine Weisung oder ein Kreditbegehren unterbreitet. Die Forderungen des Postulats sind demnach bereits heute erfüllt, und es kann als erledigt abgeschrieben werden.

POS 2007/001284 2007/000639	06.12.2007 14.12.2007	Angst Walter und Virchaux Jean-Claude Schulsozialarbeit, Erhöhung der finanziellen Mittel
-----------------------------------	--------------------------	--

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat raschmöglichst eine Weisung zur Erhöhung der für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stehenden Mittel zu unterbreiten.

Mit dem Voranschlag 2008 hatte der Gemeinderat für die Schulsozialarbeit 1 Million Franken zusätzlich bewilligt. Der Stadtrat legte am 16. April 2008 die für diesen Ausbau nötige Weisung (Nr. 238) vor, welcher der Gemeinderat am 9. Juli 2008 zustimmte. Mit den zusätzlichen Mitteln konnten 10 Stellen neu geschaffen werden, die in gemeinsamer Planung von Sozialdepartement sowie Schul- und Sportdepartement eingesetzt werden. Das Postulat ist erfüllt und kann daher abgeschrieben werden.